

Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V-01	Prompten bis der Faschismus kommt - Ethische KI-Nutzung im Verband und außerhalb Fachforum für Digitales, Medien und Kultur <i>angenommen</i>	11
V-03	Prozente nur bei Wahlen, nicht im GJ Kiosk Laetitia Wegmann <i>angenommen</i>	12
V-04	Doppelte Verweigerung: Kein Unterhalt, kein BAföG – wir lassen Azubis und Studis nicht zwischen Eltern und Staat zerquetschen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen <i>angenommen</i>	14
V-05	Systemfehler Psychotherapie - Ausbildung retten, Zukunft sichern! Daniel Cruismann <i>angenommen</i>	16
V-06	Liebe kann auch mehr als zwei: Für die Anerkennung von Polyamorie und gegen Hetero- und Mononormativität Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern <i>angenommen</i>	19
V-09	ThyssenKrupp verstaatlichen – Gegen Konzernversagen, und für sichere Arbeitsplätze Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	20
V-10	Gegen die Kälte des Kürzungskurses und für einen Sozialstaat der Würde Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	23
V-11	Solidarität mit ALLEN Wohnungs- und Obdachlosen Sofie Richter, Daniel Cruismann <i>angenommen</i>	27
V-12	Antifa ist queerefeministisch: TINA*-Rechte schützen und Vernetzung stärken! Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hessen <i>angenommen</i>	29
V-13	Krieg ist kein Geschäft - Rüstungskonzerne verstaatlichen! Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern <i>angenommen</i>	32

W- - TOP 4 – Kein Frieden durch Krieg: Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W-01	Kein Frieden durch Krieg - Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina! Bundesvorstand, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hessen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Mecklenburg-Vorpommern, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saarland, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt <i>angenommen</i>	35

O - TOP 3 – Zukunft statt Rechtsruck: Für einen solidarischen Osten

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
O-01	Unsere Zukunft - Unsere Hoffnung für MV und LSA Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Mecklenburg-Vorpommern, Bundesvorstand <i>angenommen</i>	7

L - TOP 2 – Aktuelle politische Lage

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L-01	Wenn Reformen zu Gewalt werden: Kein Cent weiter – Schluss mit dem Sozialabbau! Bundesvorstand <i>angenommen</i>	4

F - TOP 1 – Formalia

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F-01	Auswahlvorschlag ergänzende Besetzung Social-Media Team Bundesvorstand <i>angenommen</i>	3

Antrag F-01: Auswahlvorschlag ergänzende Besetzung Social-Media Team

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	F- - TOP 1 – Formalia

1 Als Bundesvorstand schlagen wir dem Länderrat vor den Arbeitsbereich Social-Media mit
2 folgender Person ergänzend zu den bisherigen Mitgliedern des Arbeitsbereiches zu
3 besetzen:

4 **Auswahlvorschlag:**

5 1. Julia Kienbaum (FLINTA*), Landesverband Schleswig-Holstein

6 Durch die Berücksichtigung von 1 FLINTA*-Personen zusätzlich zu den aktuell 3 FLINTA*
7 Mitgliedern und dem einen migrantisierten Mitglied im Social-Media-Team, unterstützen
8 wir mit diesem Auswahlvorschlag weiterhin eine Repräsentation dieser Gruppen im
9 Social-Media-Team.

10 Durch die Einbindung einer Person aus einem zusätzlichen Landesverband, erreichen wir
11 mit unserem Auswahlvorschlag die Förderung einer weiterhin guten regionalen
12 Verteilung.

13 Ausschlaggebend für die Auswahl des ergänzenden Besetzung des Social-Media-Teams
14 waren die Erfahrungen, über welche die Bewerber*innen außerhalb und vor allem
15 innerhalb der GRÜNEN JUGEND in den Bereichen Social-Media und Bildungsarbeit bereits
16 verfügen.

17 Darüber hinaus war auch die Aussagekraft des Motivationsschreiben und die Qualität
18 der eingereichten Arbeitsprobe ein Auswahlkriterium.

19 Es lag eine Bewerbung vor.

Antrag L-01: Wenn Reformen zu Gewalt werden: Kein Cent weiter – Schluss mit dem Sozialabbau!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	L - TOP 2 – Aktuelle politische Lage

1 Die Bundesregierung hat es perfektioniert, eine sanfte, harmlose Sprache für ihre
2 Politik zu finden. Ob von einer “Modernisierung des Sozialstaats”, einer
3 “Flexibilisierung der Arbeitszeit” oder der “Entbürokratisierung der
4 Sicherungssysteme” gesprochen wird; am Ende dient die Sprache einem Ziel: Menschen
5 sollen im Glauben gelassen werden, hier werde „business as usual“ betrieben. Aber
6 das machen wir nicht mit! Kürzungen, die Millionen von Menschen in ihrer
7 Lebensgrundlage direkt treffen, sind nicht hinnehmbar! : Ob beim Bürgergeld, beim
8 Wohngeld oder Unterhaltsvorschuss, mit Angriffen auf die gesetzliche Rente, durch
9 fehlende Investitionen in die Pflege oder eine ausbleibende BAföG-Reform – Diese
10 Bundesregierung macht Politik gegen die Mehrheit der Gesellschaft und dagegen müssen
11 wir uns organisieren!

12 Für die GRÜNE JUGEND steht fest: Der Abbau des Sozialstaats ist kein “neutraler”
13 Verwaltungsakt! Die Politik der Bundesregierung bedeutet Gewalt! Wenn Menschen
14 weniger Geld für Miete, Lebensmittel oder Medikamente haben, dann sind das keine
15 abstrakten Sparmaßnahmen, sondern Politik gegen uns alle!. Eine Kürzungspolitik, die
16 Krankheit, gesellschaftliche Ausgrenzung und ein höheres Risiko, früher zu sterben,
17 mindestens in Kauf nimmt, nehmen wir nicht hin! Wer Leistungen kürzt, entscheidet
18 nicht einfach über Zahlen im Bundeshaushalt, sondern darüber, ob wir alle die Chance
19 auf ein gutes Leben haben.

20 Raus aus der Defensive – unsere Träume erkämpfen!

21 Doch als GRÜNE JUGEND stehen wir nicht nur gegen diese Kürzungen. Wir kämpfen nicht
22 dafür, die Risse im System zu reparieren. Wir wollen für eine Zukunft kämpfen, in der
23 alle Menschen ein gutes Leben haben können!

24 Als GRÜNE JUGEND organisieren wir uns für eine Gesellschaft, in der niemand Angst
25 haben muss, weil das Geld nicht bis zum Monatsende reicht. Wir organisieren uns in
26 unseren Nachbarschaften, damit bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht und kein Luxus
27 ist. Wir kämpfen Seite an Seite mit den Krankenhausbewegungen, damit Pflege keine
28 Frage des Geldbeutels ist und Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
29 nicht vorm Burnout stehen.

30 Wir wollen schon hier und jetzt an einer Gesellschaft arbeiten, in der Bildung von
31 der Kita bis zur Ausbildung und Universität kostenlos ist und man sich nicht schon
32 als Jugendliche*r Sorge um seine Rente machen muss. Diese Gesellschaft ist keine
33 Utopie, aber um diese Gesellschaft zu bauen, müssen wir Verteilungskämpfe aktiv in
34 den Vordergrund stellen, die politische Agenda verschieben und uns organisieren.

35 Die Bundesregierung zeigt mit ihren Reformen, wie weit sie von der Lebensrealität
36 junger Menschen entfernt ist. Während sie die telefonische Krankschreibung abschafft,

37 verschärft sie die Sanktionen in der Grundsicherung noch weiter.
38 Lösungen für bezahlbaren Wohnraum und eine bessere Bildung bleiben aus. Stattdessen
39 sollen Vergesellschaftungen von Wohnraum sogar verboten werden.
40
41 Als gesamtgesellschaftliche Linke müssen wir wieder in die Offensive kommen. Wir
42 müssen Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft stärker nutzen, um durch Reformen
43 Bereiche wie Wohnen oder Gesundheit demokratisch neu zu organisieren und wieder eine
44 offensive politische Vision zu entwickeln.
45
46 Statt wie die Bundesregierung bei Renter*innen, Erwerbslosen, Familien, Studierenden
47 und Pflegebedürftigen zu sparen, müssen wir endlich die wachsenden Vermögen,
48 Erbschaften und Unternehmensgewinne der Überreichen in den Blick nehmen und sie
49 stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen!
50 Gegen die Macht des Kapitals haben wir nur die Macht der Masse! Daher wollen wir in
51 der GRÜNEN JUGEND ein Raum für junge Menschen sein, in dem sie sich ihrer Position in
52 der Gesellschaft bewusst werden können. Denn nur wenn wir uns organisieren und
53 gemeinsam und massenhaft für die geteilten Interessen der Mehrheit dieser
54 Gesellschaft kämpfen, können wir den Reichen etwas entgegensetzen.

55 **Die Rechte profitiert von Wut und Enttäuschung. Wir müssen ihr** 56 **eine soziale Antwort entgegensetzen!**

57 Angesichts der Kürzungspolitik und einem Staat, der Menschen schon lange nicht mehr
58 das Gefühl gibt, dass er sie unterstützt; Politiker*innen, die den Menschen schon
59 lange nicht mehr das Gefühl geben, dass ihre Sorgen gesehen werden, ist es mehr als
60 verständlich, dass Menschen Wut und Frust empfinden. Rechtsextreme haben verstanden,
61 dass Wut politisch ist und instrumentalisieren die berechnete Enttäuschung der
62 Menschen für ihre menschenfeindlichen Interessen. Sie schieben die Schuld an den
63 Problemen immer nur auf Geflüchtete und Bürgergeldempfänger*innen und verbreiten
64 nichts außer Hass und Hetze. Sie versuchen, uns gegeneinander auszuspielen. Doch wir
65 haben eigentlich gemeinsame Interessen. Gleichzeitig verharren zu viele Teile der
66 politischen Linken immer noch in dem Glauben, sie müssten Politik und Emotionen
67 losgelöst voneinander betrachten.
68 Als GRÜNE JUGEND ist uns klar, dass Menschen wütend über steigende Mieten,
69 schlechte Löhne, kaputte Schulen und überlastete Krankenhäuser sind. Eine Politik,
70 die die Lebensrealitäten der Mehrheit ignoriert und Politik für die Reichsten der
71 Gesellschaft macht, hat auch Wut verdient! Das Problem ist deshalb nicht, die Wut der
72 Menschen. Das Problem ist ihre falsche politische Instrumentalisierung.
73 Als GRÜNE JUGEND müssen wir dort ansetzen, wo die tatsächlichen Ursachen liegen.
74 Nicht Geflüchtete sorgen dafür, dass die Sozialleistungen gekürzt werden. Nicht
75 Erwerbslose zerstören den Sozialstaat. Nicht arme Menschen sorgen für überlastete
76 Krankenhäuser oder unbezahlbare Mieten.
77 Verantwortlich sind diejenigen, die von einer ungerechten Verteilung des

78 gesellschaftlichen Reichtums profitieren: Konzerne, Überreiche und eine
79 Bundesregierung, die die Interessen der Reichsten über die Bedürfnisse von uns allen
80 stellt.

81 Unsere Aufgabe besteht deshalb darin, soziale Konflikte sichtbar zu machen und die
82 eigentlichen Verantwortlichen zu benennen. Solidarität zu schaffen, in dem wir nach
83 oben treten und an der gemeinsamen Organisation aller arbeiten, die tagtäglich
84 unter den bestehenden Verhältnissen leiden. Denn wenn wir uns zusammenschließen
85 statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, können wir gewinnen!

86 **Unser Weg hier raus!**

87 Auch nach Monaten, in denen immer und immer wieder neue Kürzungsvorhaben öffentlich
88 werden, sind die politischen Antworten von links nicht ausreichend. Während die
89 Bundesregierung den Sozialstaat angreift, bleiben breite gesellschaftliche Proteste
90 aus und wir schaffen es nicht, die notwendige Gegenmacht aufzubauen.

91 Zu oft bleibt es bei vereinzelt Gegenaktionen, bei Kommentierungen oder
92 Kampagnenversuchen, die nur von kleinen Bündnissen getragen werden und keine breite
93 gesellschaftliche Verankerung haben. Deshalb müssen wir als GRÜNE JUGEND in den
94 nächsten Monaten daran arbeiten, vor Ort die verschiedenen Akteur*innen an einen
95 Tisch zu holen – egal ob Gewerkschaften, linke Jugendorganisationen,
96 Schüler*innenvertretungen, Jugendauszubildendenvertretungen, Mieter*innen-
97 Initiativen, Klimabewegung, Sozialverbände, feministische oder antirassistische
98 Bündnisse. Nur gemeinsam können wir den notwendigen Druck organisieren und eine
99 echte gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen, die der Macht des Kapitals durch ihre
100 Masse und ihre Organisation echte Gegenmacht entgegensetzen kann.

101 Dabei leitet uns das Ziel, dass die Kosten gesellschaftlicher Krisen auch von denen
102 getragen werden, die mehr als genug haben und ihre Profite auf unserem Rücken
103 machen.

Antrag O-01: Unsere Zukunft - Unsere Hoffnung für MV und LSA

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	O - TOP 3 – Zukunft statt Rechtsruck: Für einen solidarischen Osten

1 Die politische Lage in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist Ausdruck einer
2 gesamtgesellschaftlichen Krise. Steigende Lebenshaltungskosten, schlechte öffentliche
3 Infrastruktur, fehlende Zukunftsperspektiven für junge Menschen und ein
4 jahrzehntelanger Rückzug des Staates aus ländlichen Regionen. Das Vertrauen in die
5 Demokratie schwindet und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gleich mit.

6 Diese Krisen finden im Osten jedoch unter anderen Voraussetzungen statt. Die Menschen
7 haben über drei Generationen mehrere große Veränderungswellen erlebt, die nichts
8 weniger als Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und flächendeckende Armut
9 bedeutet haben. Folgen, die junge Menschen noch heute in materieller Ungleichheit
10 spüren. Geringe Jobperspektiven, gerade für FLINTA*s, geringerer Lohn bei gleicher
11 Qualifikation oder Abwanderung aufgrund fehlender Perspektiven. Eine Generation
12 junger Menschen wächst in Ostdeutschland auf, deren Zukunftsperspektive schlechter
13 ist als die ihrer Eltern.

14 **Unsere Vision gegen den Faschismus**

15 Während die aktuelle Politik und die Landesregierungen keine Antworten auf die
16 gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme junger Menschen haben, nutzen die
17 Rechtsextremen diese Unsicherheit gezielt aus. Die Konkurrenzen um knapper werdende
18 Ressourcen oder steigende Kosten für den wirtschaftlichen Umbau werden von der AfD
19 genutzt, um gegen geflüchtete und migrantisierte Menschen, queere Menschen oder
20 Sozialhilfeempfänger*innen zu hetzen. Doch wer von Rechtsruck spricht, verharmlost
21 die Dramatik der Lage. Die AfD liegt in beiden Bundesländern in Umfragen auf
22 historischen Höchstständen und hat offen den Anspruch formuliert,
23 Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Faschist*innen haben eine Vision und sie
24 arbeiten gerade daran, sie umzusetzen.

25 Und das mit Erfolg. Schon jetzt nimmt rechte Gewalt und Antisemitismus massiv zu.
26 Hass und Hetze wird immer mehr zu brutaler Gewalt, die von immer jüngerem Täter*innen
27 verübt wird.

28 Unsere Antwort als linke Jugendorganisation muss daher sein, wieder eine Vision zu
29 entwickeln, die bei den Menschen ankommt und Hoffnung weckt. Wir müssen als GRÜNE
30 JUGEND zeigen: Es gibt sie noch, die schöne und gerechte Zukunft. Anstatt uns an den
31 Problemen abzuarbeiten und immer nur auf das Negative zu schauen, wollen wir einen
32 positiven Blick auf die Zukunft werfen. Junge Menschen können eine gute Zukunft in MV
33 und LSA haben, die zum Bleiben einlädt und allen die gleichen Chancen bietet. Wir
34 müssen zeigen, warum es sich lohnt hier zu bleiben.

35 **Unser Widerstand ist laut und solidarisch**

36 Wir sind nicht wütend genug! Für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Wir werden nicht

tatenlos zusehen, wie Rechtsextreme ihre Macht ausbauen. Unser Widerstand wird laut, solidarisch und organisiert sein. Doch wir müssen uns die Frage stellen, wie bereit wir für den Widerstand sind, welche Formate es braucht und was vor allem die Menschen vor Ort brauchen, um Widerstand zu leisten.

Das bedeutet aber auch, dass wir uns mit einer Regierungsübernahme der AfD auseinandersetzen müssen. Wir müssen uns in den nächsten Wochen bis zu den Landtagswahlen auch die Frage stellen, wie wir marginalisierte Gruppen und linke Strukturen schützen können. Denn die Erfahrungen aus anderen Ländern mit faschistischen Regierungen haben gezeigt: Zivilgesellschaftliche Akteure, die auf staatliche Fördermittel angewiesen sind, werden schnell zu Angriffszielen autoritärer Regime, die ihre Finanzierung erschweren oder blockieren. Wenn es zu autoritären Machtübernahmen kommt, sind unabhängige Medien, eine kritische Öffentlichkeit und robuste juristische Institutionen unverzichtbar.

Unsere Inhalte für mehr Gerechtigkeit

Erfolgreicher Widerstand entsteht nicht allein durch Abgrenzung zur AfD. Er entsteht dort, wo wir konkrete Antworten auf die Probleme der Menschen geben. Wir brauchen eine Politik, die an der Realität und im Alltag der Menschen ansetzt. Denn nur wenn unsere Antworten an den Erfahrungen junger Menschen im Alltag anknüpfen, können sie gesellschaftlich mehrheitsfähig sein.

Für die Landtagswahlen setzen wir deshalb folgende Schwerpunkte:

1. Gute Perspektiven für junge Menschen

Junge Menschen verlassen viele Regionen nicht freiwillig, sondern weil Ausbildungsplätze, Kulturangebote, Mobilität und soziale Infrastruktur fehlen und weil ihre Perspektiven in einer überalterten Gesellschaft kein Gehör finden.

Wir kämpfen für:

- eine Ausbildungsgarantie,
- Jugendparlamente mit echten Beteiligungsstrukturen,
- die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14
- langfristige Finanzierung dritter Orte,
- bezahlbares Wohnen,
- den Um- und Ausbau gemeinsamer Wohnheime für Auszubildende und Studierende,
- ein landesweiter Kulturpass in LSA,
- Safer Spaces für FLINTA*-Personen, insbesondere im ländlichen Raum

2. Unsere Zukunft nicht verbrennen

Die Folgen der Klimakrise treffen auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt spürbar. Die Auswirkungen sehen wir ganz konkret an unseren Küsten und auf unseren Äckern: Die Ostsee erwärmt sich immer weiter, Fische sterben, der Meeresspiegel steigt. Die Landwirt*innen warten im Frühjahr auf Regen, in den Städten wird auf versiegelten Plätzen unter der Hitze gelitten und unsere Wälder trocknen aus. Was wir brauchen, ist eine Politik und Landesregierungen, die die Klimakrise endlich ernst nehmen, statt nötige Maßnahmen immer weiter nach hinten zu verschieben.

78 Wir kämpfen für:

- 79 • Guten und kostenlosen ÖPNV für alle, mit einen 10/20/60-Takt: innerörtlicher
- 80 ÖPNV in Kreisfreien Städten alle 10 Minuten, S-Bahnen alle 20 Minuten und jeder
- 81 Ort muss mindestens einmal pro Stunde angebunden sein
- 82 • Klimaneutralität bis 2035,
- 83 • keine Gas- und Ölbohrungen in der Ostsee

84

85 3. Keine Frage des Geldbeutels: Gerechte Bildung für alle

86 Der Erfolg in unserem Bildungssystem hängt maßgeblich von der sozialen Herkunft ab,
87 also vom Einkommen, der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern. Besonders
88 benachteiligt werden Kinder aus einkommensschwachen Familien sowie Schüler*innen mit
89 Migrationsgeschichte. Seit Jahren steigt die psychische Belastung von Kindern und
90 Jugendlichen. Lehrkräfte und Schüler*innen berichten gleichermaßen von Depressionen,
91 Leistungsdruck und sozialen Problemen.

92 Wir kämpfen für:

- 93 • Bleibebonus für Azubis,
- 94 • Kein Zwang zur Mathe-Prüfung: Dein Abi, deine Stärken in MV
- 95 • mehr demokratische Mitbestimmung für Schüler*innen,
- 96 • Abschaffung von Noten zugunsten dialogorientierter Rückmeldungsformate,
- 97 • Ausbau und Verbesserung der psychischen Versorgung junger Menschen
- 98 • kostenfreies Schulessen, Lernmaterialien und Hygieneprodukte an allen Schulen

99

100 **Unsere Verantwortung - egal ob Ost oder West**

101 Die Lage ist angespannt. Das Scheitern eines Wiedereinzugs von Bündnis 90/Die Grünen
102 in den Landtag von MV und Sachsen-Anhalt hat unmittelbare Auswirkungen auf die
103 GRÜNEJUGEND vor Ort. Als linke Jugendorganisation, deren Wirkungsraum und Strukturen
104 sich über das ganze Bundesgebiet zieht, müssen wir die sich zuspitzende politische
105 Lage in Ostdeutschland ernst nehmen.

106 Ostdeutschland ist kein rechtsextremer Sonderfall. Was im Osten funktioniert, wird
107 mittelfristig auch im Westen Erfolg haben. Das konnten wir unter anderem schon bei
108 den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, aber auch in den
109 Kommunalwahlen in Bayern, NRW und Hessen sehen. Die Auswirkungen der Landtagswahlen
110 gehen weit über MV und LSA hinaus.

111 Der Länderrat ruft deshalb alle Landesverbände und Kreisverbände auf:

- 112 • gemeinsame Aktionswochenenden und die Highlightaktionen in Mecklenburg-
113 Vorpommern und Sachsen-Anhalt personell und finanziell zu unterstützen,
- 114 • lokale Bündnisse mit Jugendverbänden, Gewerkschaften, migrantischen
115 Selbstorganisationen und antifaschistischen Initiativen zu stärken,
- 116 • strukturschwache Regionen nicht allein zu lassen. Denn Solidarität bedeutet,
117 Ressourcen zu teilen und Verantwortung gemeinsam zu tragen,

118 • Sich für die Umsetzung der Oststrategie ab Herbst 2026 einzusetzen

119 **Unsere Hoffnung - Grenzenlos und organisierbar**

120 Unabhängig vom Wahlausgang enden unsere Aufgaben nicht am Wahlabend.

121 Der Kampf gegen den Faschismus wird nicht durch einzelne Kampagnen gewonnen, sondern

122 durch langfristige Organisation, Bildungsarbeit und solidarische Praxis.

123 Wir werden weiter an der Seite aller stehen, die von rechter Hetze und Gewalt

124 betroffen sind. Wir werden demokratische Räume verteidigen und soziale Kämpfe mit

125 antifaschistischen Kämpfen verbinden.

126 Die GRÜNE JUGEND stellt sich dieser Verantwortung.

127 Für eine solidarische, klimagerechte und antifaschistische Zukunft in Mecklenburg-

128 Vorpommern, Sachsen-Anhalt und überall.

Antrag V-01: Prompten bis der Faschismus kommt - Ethische KI-Nutzung im Verband und außerhalb

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 Wir verurteilen die Spenden von OpenAI an US-Präsident Donald Trump. Trump ist ein
- 2 verurteilter Sexualstraftäter und baut die USA gerade autoritär um. Unter anderem die
- 3 Gelder von OpenAI ermöglichen ihm das.
- 4 Weiterhin lehnen wir den KI-Chatbot Grok von Elon Musks SpaceXAI ab. Elon Musk
- 5 spielte selbst eine zentrale Rolle im autoritären Umbau der USA mit seiner Behörde
- 6 DOGE und hat häufiger transphobe und rassistische Äußerung getätigt. Grok ist zudem
- 7 dafür bekannt, pornografische Materialien von Frauen und Kindern ohne deren Konsens
- 8 zu erstellen.
- 9 In der Verbandsarbeit werden wir Grok und Produkte von OpenAI, wie z.B. ChatGPT nicht
- 10 nutzen, und treiben einen sensiblen Umgang mit KI in der Verbandsarbeit voran. Wir
- 11 lehnen jede Nutzung von Grok oder OpenAI-Produkten durch Behörden und staatliche
- 12 Institutionen ab.
- 13 Wir fordern die grüne Partei auf, sich auf allen Ebenen für eine stärkere Regulierung
- 14 von KI-Nutzung einzusetzen.

Antrag V-03: Prozepte nur bei Wahlen, nicht im GJ Kiosk

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 Wir als Grüne Jugend sind ein Verband für Jugendliche und Junge Erwachsene. Als
- 2 solcher haben wir eine besondere Verantwortung, gegenüber unseren Mitgliedern, ein
- 3 sicheres und Jugendgerechtes Umfeld zu schaffen. Der nicht seltene und nicht immer
- 4 geringe Verzehr und die Bereitstellung von Alkohol auf Bundeskongressen und LMVs
- 5 steht jedoch in starken Kontrast dazu!
- 6 Alkoholkonsum führt neben gesundheitlichen Schäden, zu einer erhöhten Aggressivität
- 7 und gesengten Hemmungen, alles Dinge die unseren Awarenessstrukturen und dem
- 8 Jugendschutz widersprechen.
- 9 Alkoholkonsum sollte nicht, durch die Bereitstellung von alkoholischen Getränken oder
- 10 den Verkauf dieser, auf Veranstaltungen für eine Zielgruppe, partiell unter 18
- 11 Jahren, ermöglicht, beziehungsweise dazu ermutigt werden.
- 12 In diesem Sinne soll künftig auf GJ-Veranstaltungen der Bundes- und Landesebene kein
- 13 Alkohol mehr verkauft werden. Personen sollen dazu angehalten werden, auch keinen bei
- 14 Veranstaltungen zu konsumieren. Für hochprozentigen Alkohol (im Verkauf erst ab 18
- 15 Jahren freigegeben) gilt unterdessen ein komplettes Verbot, auf Veranstaltungen der
- 16 Bundes- und Landesebene.
- 17 Auf Kreis- und Bezirksebene sollen Vorstände, zum Thema Alkoholkonsum - im Zuge
- 18 unserer Awarenessarbeit - sensibilisiert werden und dazu ermutigt werden, zum einen
- 19 selbst keinen Alkohol, im GJ Kontext, zu konsumieren und zum anderen auch für einen
- 20 umsichtigen und zurückhaltenden Konsum bei den eigenen Veranstaltungen zu sorgen.
- 21 Barabende, Kneipenwahlkampf o.ä. sollen durch diesen Antrag nicht verboten werden,
- 22 aber der dort stattfindende Konsum von Rauschmitteln, soll dadurch bei der Planung
- 23 kritisch betrachtet und in einem entsprechenden Rahmen geplant werden.
- 24 Auch wenn (Teil-)verbote keine adäquate Präventionsarbeit gegen Substanzmissbrauch
- 25 darstellt, ist das die Methode, die mit unseren Mitteln am effektivsten umsetzbar
- 26 ist. Am Ende bleibt der kritische Umgang mit Rauschmitteln eine
- 27 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen mit diesem Beschluss mit guten Beispiel
- 28 vorangehen und unser eigenes Konsumverhalten kritisch hinterfragen.
- 29
- 30 Text in einfacher Sprache:
- 31 Wir sind eine Gruppe für junge Menschen.
- 32 Wir haben eine Verantwortung.
- 33 Wir wollen eine sichere Umgebung für unsere Mitglieder.
- 34 Auf unseren großen Treffen gibt es oft Alkohol.
- 35 Das ist nicht gut für Jugendliche.
- 36 Alkohol kann krank machen.

- 37 Alkohol kann aggressiv machen.
- 38 Alkohol macht es schwer, Grenzen zu setzen.
- 39 Das passt nicht zum Jugendschutz.
- 40 Wir finden: Es soll keinen Alkohol auf unseren großen Treffen geben.
- 41 Wir wollen keinen Alkohol verkaufen.
- 42 Wir wollen keinen Alkohol ausschenken.
- 43 Wir wollen, dass niemand Alkohol trinkt.
- 44 Das gilt besonders bei Treffen, wo auch Menschen unter 18 Jahren sind.
- 45 Starker Alkohol ist ganz verboten.
- 46 Das gilt für Bundes- und Landes-Treffen der Grünen Jugend.
- 47 Vorstände von Kreis- oder Bezirksgruppen sollen über das Thema Alkohol sprechen.
- 48 Die Verantwortlichen sollen vorsichtig sein.
- 49 Sie sollen selber besser keinen Alkohol trinken.
- 50 Sie sollen darauf achten, dass andere vorsichtig mit Alkohol umgehen.
- 51 Barabende oder Kneipenbesuche sind nicht verboten.
- 52 Aber wir wollen aufpassen, wie mit Alkohol dort umgegangen wird.
- 53 Wir wollen sorgsam planen.
- 54 Verbote alleine reichen nicht, um Missbrauch zu verhindern.
- 55 Aber es ist die beste Möglichkeit, die wir haben.
- 56 Alkohol soll kritisch betrachtet werden.
- 57 Alle sollen Verantwortung übernehmen.
- 58 Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen.
- 59 Wir wollen unser Verhalten prüfen.
- 60 Wir wollen Verantwortung übernehmen.

Antrag V-04: Doppelte Verweigerung: Kein Unterhalt, kein BAföG – wir lassen Azubis und Studis nicht zwischen Eltern und Staat zerquetschen

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Wenn Eltern keinen oder zu wenig Unterhalt zahlen, werden Kinder und junge Menschen
 2 faktisch gezwungen, entweder ihre Eltern zu verklagen oder ihr Studium oder ihre
 3 Ausbildung unter prekären Bedingungen zu bewältigen. Gleichzeitig hat
 4 Bundesforschungsministerin Dorothee Bär angekündigt, dass sie nicht mehr mit einer
 5 schnellen oder umfassenden BAföG-Reform (Bundesausbildungsförderungsgesetz) rechnet
 6 und sich dafür auch nicht einsetzen wird. Damit droht auch die versprochene
 7 Verbesserung der staatlichen Ausbildungsförderung wegzufallen. Die Bundesregierung
 8 lässt junge Menschen damit bei ihrer Aus- und Weiterbildung im Stich.

9 Diese doppelte Unsicherheit trifft vor allem junge Menschen aus Trennungsfamilien,
 10 aus einkommensarmen Haushalten sowie alle, die weder auf verlässlichen
 11 Elternunterhalt noch auf ein ausreichend ausgebautes Fördersystem zählen können. Es
 12 ist ein strukturelles Problem, dass Bildungswege weiterhin von der Zahlungsfähigkeit
 13 oder Kooperationsbereitschaft der Eltern abhängen.

14 **Unterhalt verlässlich absichern**

15 Der Staat muss Unterhalt für Minderjährige und junge Menschen in Erstausbildung
 16 verlässlich vorfinanzieren, wenn Eltern nicht zahlen. Die Unterhaltsansprüche sollen
 17 grundsätzlich durch Jugendämter oder eine andere öffentliche Stelle vertreten werden.
 18 Die Rückforderung bei Unterhaltspflichtigen ist Aufgabe des Staates, nicht der
 19 Kinder, die sonst in existentielle Loyalitätskonflikte gezwungen und zu Kläger*innen
 20 gegen ihre eigenen Eltern gemacht werden. Darum fordern wir:

- 21 • Der Unterhaltsvorschuss wird bis mindestens zum Ende der ersten Berufsausbildung
 22 bzw. des Erststudiums ausgeweitet.
- 23 • Kindergeld wird beim Unterhaltsvorschuss nur hälftig angerechnet.
- 24 • Für Volljährige in Ausbildung wird eine eigene staatliche Unterhaltsleistung
 25 geschaffen, die nicht von der Kooperationsbereitschaft der Eltern abhängt.

26 **BAföG-Reform jetzt**

27 Die angekündigte „große BAföG-Reform“ darf nicht still entsorgt werden. Statt
 28 weiterer Verzögerungen braucht es:

- 29 1. eine sofortige Anhebung der Fördersätze und Wohnpauschalen - kein BAföG
 30 unterhalb der Armutsgrenze.
- 31 2. die Einführung des elternunabhängigen BAföGs - welches nur die Verhältnisse der
 32 Bafög-Beziehenden Person begutachtet.
- 33 3. eine Automatische und regelmäßige Anpassung der Bedarfssätze und
 34 Wohnkostenpauschale.
- 35 4. eine Vollständige Digitalisierung des Antrags-, Bearbeitungs- und

Bewilligungsprozesses.

5. eine Drastische Vereinfachung der Anträge und Verlängerung der Bewilligungszeiträume.

6. eine jährliche Verdienstobergrenze für Bafög-Beziehende die an das Schonvermögen gekoppelt ist, anstatt von einer Obergrenze die an Einkommen gekoppelt ist. Sodass man für finanzielle Gerechtigkeit zwischen Bafög-Beziehenden mit unterschiedlichen Vermögen sorgt.

BAföG und BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) müssen zusammen gedacht werden. Eine abgesagte BAföG-Reform und eine unterfinanzierte BAB führen in der Praxis dazu, dass Studis und Azubis zwischen Elternunterhalt, geringer Vergütung und unsicheren staatlichen Leistungen zerrieben werden.

Azubis ausdrücklich einbeziehen

Auch Auszubildende in der ersten Berufsausbildung sind auf Unterhalt und staatliche Förderung angewiesen. Ausbildungsvergütung und Berufsausbildungsbeihilfe decken viele Bedarfe nicht zuverlässig ab, deshalb müssen Reformen von Unterhalt, Unterhaltsvorschuss und Ausbildungsförderung ausdrücklich auch Azubis einbeziehen.

- Die staatliche Vorleistung bei ausbleibendem Unterhalt soll ausdrücklich auch für volljährige Azubis gelten, die nicht mehr bei den Eltern wohnen.
- Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 1.500 € Brutto. Diese soll künftig prozentual am Fachkräfteentgelt orientiert werden. Der jeweils gültige Branchentarifvertrag muss uneingeschränkt Anwendung finden.
- Einführung einer elternunabhängigen Berufsausbildungsbeihilfe

Wenn Unterhalt nicht kommt und BAföG nicht reformiert wird, ist das ein politischer Angriff auf soziale Gerechtigkeit und Bildungsfreiheit!

Beschluss

Die GRÜNE JUGEND steht klar

- gegen das Abwürgen der BAföG-Reform und für eine umfassende, elternunabhängige Finanzierung des Studiums und der Ausbildung.
- dafür, die oben genannten Forderungen zur Reform von Unterhaltsrecht, Unterhaltsvorschuss und BAföG in die Zusammenarbeit mit der Bundespartei, den grünen Fraktionen und Bündnissen einzubringen.

Antrag V-05: Systemfehler Psychotherapie - Ausbildung retten, Zukunft sichern!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1. Das Selbstverständnis der GRÜNEN JUGEND ist das folgende:

Wir als GRÜNE JUGEND begreifen uns als antikapitalistischer, queerfeministischer und solidarischer Verband, der radikal für eine Welt einsteht, in der der Mensch und nicht der Profit im Zentrum steht. Unsere Gesellschaft leidet unter einer kollektiven mentalen Gesundheitskrise, die direkt aus den Dauerkrisen und dem Leistungsdruck unseres kapitalistischen Systems resultiert. Wer in dieser Not Hilfe sucht, stößt auf unerträgliche Wartezeiten und ein kaputtgespartes System. Gleichzeitig erleben wir ein fatales Paradoxon. Während der Bedarf an Therapie explodiert, verbaut ein politisch verschuldeter Weiterbildungsstopp jungen Psycholog*innen den dringend benötigten Berufseinstieg. Auch die Vergütung der Psychotherapeut*innen wird immer stärker eingeschränkt. 77 % der Psychotherapeut*innen sind FLINTA*. Hier zeigt sich wieder einmal eine unzureichende Bezahlung von FLINTA*-dominierten Berufsfeldern. Wir kämpfen dabei für einen schützenden, fürsorgenden Staat. Dieser strukturelle Stillstand muss sofort beendet werden. Es ist die Pflicht der Politik, die psychosoziale Infrastruktur vor dem Kollaps zu bewahren und ein System zu schaffen, das bedingungslos heilt, statt uns weiter krank zu machen.

2. Die Auffassungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:

2.1. Die psychotherapeutische Versorgung steckt in einer tiefen Krise, während der Bedarf auf einem alarmierenden Hoch ist. Es benötigen mittlerweile 29 % der 14 bis 29-jährigen psychologische Unterstützung und unser System bleibt unterversorgt. Die Wartezeiten sind ein Armutszeugnis: Schon 2018 mussten Betroffene im Schnitt 139,3 Tage auf einen Therapieplatz warten, im Ruhrgebiet sogar 205,8 Tage. 2022 hat sich die Situation mit 142,2 Tagen kaum verbessert. Der Staat verwaltet diesen Mangel nur, anstatt eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das muss enden.

2.2. Das Gesundheitssystem zementiert soziale Ungerechtigkeit. Um psychotherapeutisch tätig zu werden, mussten Studierende Ausbildungskosten von 24.000 bis 31.000 Euro stemmen. Um dieses System fairer zu gestalten, wurde die Weiterbildung zur Fachpsychotherapeut*in eingeführt. Bei dieser sollen Psycholog*innen sozialversichert angestellt und fair bezahlt werden. Eine gute Idee, bei der allerdings ein entscheidender Faktor nicht bedacht wurde. Wo soll das Geld herkommen? Nach dieser Weiterbildung stehen zudem noch weitere Kosten an. Wer gesetzlich Versicherte behandeln will, benötigt zudem einen Kassensitz, der je nach Standort 50.000 bis 180.000 Euro kostet. Diese intransparenten Hürden schrecken ab und treiben Therapeut*innen in die Schuldenfalle. Wenn Therapeut*innen sich keinen Kassensitz leisten können, verstärkt dies die Bevorzugung von Privatversicherten. Zudem steigt

der Druck auf gesetzlich Versicherte die Therapie selbst zu zahlen. Hier hängt die persönliche mentale Gesundheit vom eigenen Einkommen ab. Dem muss entschieden entgegengewirkt werden.

2.3. Die aktuelle Finanzpolitik entzieht der Versorgung die Grundlage. Das Honorar der Psychotherapeut*innen wurde um 4,5 % gekürzt. Trotz der Erhöhung der Strukturzuschläge um 14,25 % profitieren nicht alle Praxen davon, viele müssen trotz Zuschlag eine Honorarsenkung von 2,3 % hinnehmen. Mit 52 Euro pro Arbeitsstunde nach Abzug der Praxiskosten verdienen sie nur die Hälfte im Vergleich zu anderen fachärztlichen Praxisinhaber*innen. Da Therapiesitzungen zeitlich starr auf 50 Minuten begrenzt sind, lässt sich der Verdienst nicht durch mehr Patient*innen steigern. Außerdem ist eine Budgetierung von psychotherapeutischen Leistungen und eine Streichung der Kurzzeittherapie-Zuschläge geplant. Dadurch wird die Psychotherapie massiv eingeschränkt werden. Trotz ähnlicher Ausbildung verdienen Psychotherapeut*innen weitaus weniger als entsprechende Fachärzt*innen.

2.4. Wir stehen auf der Seite der Psychotherapeut*innen und denjenigen, die es noch werden wollen. Die mentale Gesundheit ist Kernelement einer funktionierenden, solidarischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft. Diesem Kampf schließen wir uns entschlossen an!

3. Die Forderungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:

3.1. Ausbildungslücke schließen und vollständige Finanzierung der Weiterbildung garantieren: Das beinhaltet über die Verhandlung der Leistungen gegenüber Versicherten mit der GKV hinaus die Finanzierung der Theorie, Supervision und Selbsterfahrung, die kein privates finanzielles Risiko bleiben dürfen. Die monatliche Finanzierungslücke von rund 2.700 Euro muss durch einheitliche, bürokratiearme Vergütungsmodelle für die Therapieleistungen von Psychotherapeut:innen in Weiterbildung (PtW) ersetzt werden, welche die Finanzierungslücke berücksichtigen.

3.2. Die Schaffung von fairen Arbeitsbedingungen in Kliniken: Die Gehälter von Psychotherapeut*innen in Weiterbildung sind umgehend über die Bundespflegesatzverordnung fest im Klinikbudget abzusichern, flankiert von verbindlichen Mindestquoten für Weiterbildungsplätze.

3.3 Eine deutliche Erhöhung der Honorare: Wer Menschen in psychischen Notlagen versorgt, braucht selbst finanzielle Sicherheit. Damit Psychotherapeut*innen ihre wichtige Arbeit nachhaltig leisten können, müssen die Honorare deutlich steigen und sich dem Niveau von Fachärzt*innen annähern. Therapeutische Arbeit ist systemrelevant und muss entsprechend vergütet werden. Die Budgetierungspläne müssen vollständig aus dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz gestrichen werden und die Streichung der Kurzzeittherapie-Zuschläge muss verhindert werden.

3.4. Wir fordern in allen Bundesländern bedarfsorientierte Förderprogramme, um dem drohenden Generationenabriss entgegenzuwirken und regionale Unterversorgungen systematisch auszugleichen. Das soll durch Weiterbildungszuschüsse für eine begrenzte Anzahl von PtW orientiert am zukünftigen Nachwuchsbedarf der Folgejahre geschehen.

3.5. Den systematischen Ausbau von Kassensitzen sowie die Bedarfsplanung zu

81 modernisieren: Für eine verlässliche, flächendeckende Versorgung brauchen wir eine
82 spürbare Erhöhung der Kassensitze, besonders im ländlichen Raum und in Ballungsräumen
83 wie dem Ruhrgebiet. Die Verhältniszahlen in der veralteten psychotherapeutischen
84 Bedarfsplanung müssen um mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Die Budgetierung ist
85 zu stoppen und existierende Kassensitze müssen zu transparenten und bezahlbaren
86 Konditionen übergeben werden.

87 3.6. Eine stärkere Prävention und die Sicherung der Akuthilfe für junge Menschen:
88 Wir fordern einen massiven Ausbau niedrigschwelliger psychosozialer
89 Beratungsangebote. Das umfasst deutlich mehr psychologische Beratung an Schulen und
90 Hochschulen, mehr Schulpsycholog*innen und eine starke aufsuchende Sozialarbeit. Um
91 den eklatanten Wartezeiten für die junge Generation entgegenzuwirken, braucht es
92 flächendeckend offene Kriseninterventionszentren und einen massiven Ausbau der
93 Behandlungsplätze in der Kinder- und Jugendpsychotherapie.

94 3.7. Die Schaffung einer diskriminierungsfreien Versorgung und konsequente
95 Entstigmatisierung: Unser Gesundheitssystem muss einer Vielfaltsgesellschaft gerecht
96 werden. Wir fordern den Ausbau kultursensibler, rassismuskritischer und
97 queersensibler Behandlungsangebote sowie die standardmäßige Kostenübernahme für
98 qualifizierte Sprachmittlung durch die Krankenkassen.

99

Antrag V-06: Liebe kann auch mehr als zwei: Für die Anerkennung von Polyamorie und gegen Hetero- und Mononormativität

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 Das deutsche Familien- und Steuerrecht ist noch immer von einer Denkweise geprägt,
 2 die Ehe zwischen Mann und Frau, Zweierbeziehung und ökonomische Abhängigkeit
 3 bevorzugt. Die historische Diskriminierung queerer Lebensweisen wirkt bis heute fort
 4 und endet nicht bei Zweierbeziehungen. Menschen in polyamoren oder anderen
 5 konsensuell nicht-monogamen oder geschlossenen Beziehungen erleben gesellschaftliche
 6 Stigmatisierung und zusätzlichen Minoritätenstress, weil ihre Beziehungsformen vom
 7 cis-heteronormativen Standard abweichen. Wer Freiheit, Selbstbestimmung und queere
 8 Gerechtigkeit ernst meint, darf nicht bei der Akzeptanz der bürgerlichen Zweier-Ehe
 9 stehen bleiben.
- 10 Die GRÜNE JUGEND fordert daher:
- 11
- 12 • die politische Anerkennung von Polyamorie und konsensueller Nicht-Monogamie als
 - 13 legitime Lebens- und Beziehungsforme
 - 14 • die Schaffung rechtlicher Modelle, mit denen Verantwortungsgemeinschaften
 - 15 jenseits der romantischen Zweierbeziehung abgesichert werden können, etwa im
 - 16 Sorge-, Auskunfts-, Unterhalts-, Miet-, Erb- und Aufenthaltsrecht
 - 17 • Eine queerfeministische Familienpolitik, die Fürsorge, Solidarität und
 - 18 Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt
 - 19 • Weniger Cis-Heteronormativität und Mononormativität in der deutschen und
 - 20 europäischen Familien- und Beziehungspolitik, sowie innerhalb der Strukturen der
 - 21 GRÜNEN JUGEND und der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände
 - 22 • Die Abschaffung des Ehegattensplittings, um ökonomischen Gründen einer Ehe
 - 23 vorzubeugen, sowie die Senkung der Einkommensteuer auf mittlere und niedrige
 - 24 Einkommen.
 - 25
- 26 Die GRÜNE JUGEND erkennt an, dass Mononormativität (also der gesellschaftliche Druck
 27 zur Monogamie) auch im eigenen Verband existiert und stellt sich aktiv gegen die
 28 Abwertung konsensuell nicht-monogamer Menschen. Jedes Mitglied hat unabhängig von der
 29 gewählten Beziehungsform denselben Anspruch auf Schutz, Respekt und
 30 gleichberechtigter Teilhabe, im Einklang mit unseren Grundsätzen von Compliance und
 31 Awareness.

Antrag V-09: ThyssenKrupp verstaatlichen – Gegen Konzernversagen, und für sichere Arbeitsplätze

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 Die Beschäftigten bei ThyssenKrupp haben die Nase voll. Jahrzehntlang wurden sie mit
- 2 Sparprogrammen, Umstrukturierungen, Standortdebatten und Verzichtsrunden
- 3 konfrontiert. Während Vorstände kamen und gingen, Strategien verkündeten und wieder
- 4 verwarfen, waren es die Arbeitnehmer*innen, die den Laden am Laufen gehalten haben.
- 5 Heute sollen erneut die Beschäftigten für das Versagen des Managements bezahlen.
- 6 Wir als Grüne Jugend sagen klar: Schluss damit.
- 7 Es sind nicht die Stahlarbeiterinnen in Duisburg, Bochum und Andernach oder
- 8 den anderen Standorten, die ThyssenKrupp in die Krise geführt haben. Es sind nicht die
- 9 Auszubildenden, die Schichtarbeiterinnen oder die Ingenieur*innen, die
- 10 Milliardenwerte vernichtet haben. Verantwortlich sind die Manager, die über Jahre
- 11 keine tragfähige Zukunftsstrategie entwickelt haben und stattdessen auf Verkäufe,
- 12 Kürzungen und kurzfristige Renditeziele gesetzt haben.
- 13 Besonders die Beschäftigten der Standorte in Duisburg, Bochum und Andernach, sowie in
- 14 zahlreichen Zuliefer- und Weiterverarbeitungsbetrieben leben seit Jahren in
- 15 Unsicherheit. Ganze Regionen hängen wirtschaftlich von der Stahlindustrie ab. Hinter
- 16 jedem Arbeitsplatz stehen Familien, Vereine, Kommunen und lokale
- 17 Wirtschaftskreisläufe.
- 18 Gleichzeitig erhält ThyssenKrupp Milliardenhilfen und staatliche Unterstützung für
- 19 den Umbau zur klimaneutralen Stahlproduktion. Die öffentliche Hand finanziert einen
- 20 erheblichen Teil der Transformation – doch die Kontrolle soll weiterhin bei jenen
- 21 bleiben, die den Konzern in seine heutige Lage gebracht haben.
- 22 Das ist absurd.
- 23 Wenn Steuergelder eingesetzt werden, muss auch demokratische Kontrolle folgen.
- 24 Wer Milliarden aus öffentlichen Kassen erhält, kann sich nicht gleichzeitig auf die
- 25 Freiheit berufen, Arbeitsplätze abzubauen, Standorte auszuhöhlen und Teile des
- 26 Unternehmens an Investoren zu verschern.
- 27 Die Stahlindustrie ist keine beliebige Branche. Sie ist das Fundament unserer
- 28 industriellen Wertschöpfung. Ohne Stahl gibt es keine Windkraftanlagen, keine
- 29 Bahntrassen, keine Brücken, keine Wasserstoffwirtschaft und keine industrielle
- 30 Souveränität Europas.
- 31 Deshalb darf die Zukunft des Stahls nicht von den Renditeerwartungen einiger
- 32 Aktionäre oder Investmentfonds abhängen.
- 33 Gleichzeitig sehen wir, dass das Konzernmanagement lieber auf kurzfristige Profite
- 34 setzt und dabei die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung, den Umwelt- und den
- 35 Klimaschutz im Ausland komplett ignoriert. So baut thyssenkrupp Uhde, finanziert von
- 36 der deutschen KfW Bank, eine Düngemittel-Produktionsanlage in einem Naturschutzgebiet

in Mexiko und zerstört dafür wichtige Mangrovenwälder. Die Gesundheit etwa von der betroffenen Mayo-Yoreme-Indigenen-Gemeinde wird durch potentielle toxische Ammoniak-Unfälle gefährdet und dreckiges Frackinggas aus den USA wird dafür verwendet. Diesem kapitalistischen, ausbeuterischen Profitgedanken muss ein Ende gesetzt werden, indem thyssenkrupp verstaatlicht wird und Projekte daraufhin konsequent geprüft werden auf ihre Umwelt-, Klima-, Sozialen und Menschenrechtsrechts-Auswirkungen.

Wir wenden uns entschieden gegen die Politik des Konzernmanagements um Miguel López und zeigen Solidarität mit den Beschäftigten, sowie mit den Betroffenen von ausbeuterischen Konzernprojekten. Wer heute tausende Arbeitsplätze gefährdet und gleichzeitig von einer erfolgreichen Transformation spricht, betreibt eine Politik gegen die Beschäftigten und gegen den Industriestandort Deutschland.

Eine Transformation, die Arbeitsplätze vernichtet, ist keine gerechte Transformation.

Eine Transformation, die Regionen verarmen lässt, ist keine nachhaltige Transformation.

Eine Transformation, die öffentliche Milliarden verschlingt, ohne öffentliche Kontrolle zu schaffen, ist keine demokratische Transformation.

Deshalb fordern wir:

- die Verstaatlichung der ThyssenKrupp-Stahlsparte,
- eine öffentliche Mehrheitsbeteiligung an allen strategisch relevanten Unternehmensbereichen,
- den Erhalt der Standorte Duisburg, Bochum und Andernach ,
- einen verbindlichen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen,
- eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie,
- demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten auf allen Ebenen,
- die Knüpfung und konsequente Prüfung von Konzernprojekten an dem Schutz der Umwelt, des Klimas und von Menschenrechten,
- den Stopp von ausbeuterischen Projekten im Ausland wie etwa der Düngermittelfabrik in Sinaloa, Mexiko,
- massive Investitionen in wasserstofffähige Direktreduktionsanlagen,
- den Aufbau einer europäischen Strategie für grünen Stahl unter öffentlicher Kontrolle.

•

Die Geschichte der deutschen Industrie ist voller Beispiele dafür, dass Beschäftigte und Gesellschaft für Managementfehler bezahlen mussten. Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

Wer von den Arbeiter*innen Verzicht verlangt, während Manager*innen Millionen verdienen, hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

Wer Milliarden an staatlicher Förderung erhält, aber gleichzeitig Arbeitsplätze

76 streicht, hat sein Recht auf unternehmerische Alleinentscheidung verspielt. Wer die
77 Zukunft der Stahlindustrie dem Markt überlassen will, riskiert Deindustrialisierung,
78 Arbeitsplatzverlust und das Scheitern der sozial-ökologischen Transformation.

79 Wir sagen deshalb deutlich:

80 **Die Stahlwerke in Duisburg gehören nicht Spekulanten. Die Zukunft der Beschäftigten**
81 **in Bochum gehört nicht Investmentfonds. Die industrielle Zukunft darf nicht an den**
82 **Meistbietenden verkauft werden.**

83 **ThyssenKrupp Stahl gehört in öffentliche Hand. Für gute Arbeit statt Konzernprofite.**
84 **Für grünen Stahl statt Standortabbau. Für demokratische Kontrolle statt**
85 **Managementversagen.**

Antrag V-10: Gegen die Kälte des Kürzungskurses und für einen Sozialstaat der Würde

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Gegen die Kälte des Kürzungskurses und für einen Sozialstaat der Würde

2 Antrag an den Länderrat der GRÜNEN JUGEND

3

4 Demokratie lebt nicht allein von freien Wahlen. Demokratie lebt davon, dass Menschen
5 das Gefühl haben, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Sie lebt davon, dass Menschen
6 Vertrauen haben, dass politische Entscheidungen ihr Leben verbessern können und von
7 der Gewissheit, dass niemand vergessen, herabgewürdigt oder aufgegeben wird. Doch
8 dieses grundlegende Versprechen wird in derzeit durch Angriffe der Bundesregierung
9 auf den sozialen Zusammenhalt systematisch zertrümmert. Diese Politik ist kein Zufall
10 und kein alternativloser Sachzwang, sondern die aktive Entscheidung, Politik nur für
11 einige Wenige in dieser Gesellschaft zu betreiben. Sie erklärt die Schwächsten der
12 Gesellschaft zu Sündenböcken für kapitalistische Krisen und opfert die soziale
13 Sicherheit für eine überholte Sparpolitik.

14

15 Besonders deutlich wird die soziale Krise bei Kindern und Jugendlichen. Millionen
16 Kinder in Deutschland wachsen in Armut oder armutsgefährdeten Verhältnissen auf.
17 Armut bedeutet dabei nicht nur weniger Geld. Sie bedeutet schlechtere Chancen in der
18 Schule, schlechtere Gesundheitsversorgung, weniger kulturelle Teilhabe und oft das
19 Gefühl, von Anfang an nicht die gleichen Möglichkeiten zu haben wie andere. Eine
20 Gesellschaft, die zulässt, dass Kinder in Armut aufwachsen, verspielt nicht nur
21 Zukunftschancen. Sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns
22 dieser Kälte mit aller Entschiedenheit und der Vision einer solidarischen Gesellschaft
23 entgegen.

24

25 Ein Sozialstaat, der seinen Namen verdient

26 Der Sozialstaat ist kein Reparaturbetrieb des Kapitalismus und kein System für
27 herablassende Almosen. Ein echter Sozialstaat ist das Fundament individueller
28 Freiheit und das Schutzschild echter demokratischer Teilhabe. Er muss die
29 bedingungslose Garantie dafür sein, dass jeder Mensch ein Leben in Würde, Sicherheit
30 und Selbstbestimmung führen kann, völlig unabhängig von Verwertbarkeit auf dem
31 Arbeitsmarkt.

32 Der neoliberalen Erzählung, dass ein ausgebauter Sozialstaat lediglich Faulheit
33 begünstige, widersprechen wir deutlich. Ein Netz der Sozialsicherungssysteme, durch
34 das niemand durchfällt, schafft überhaupt erst ein Klima, in dem Menschen mit
35 Vertrauen und Sicherheit an ihrer Entfaltung arbeiten können.

36 Ein gerechter Sozialstaat darf Menschen nicht disziplinieren, schikanieren,
37 sanktionieren oder lückenlos überwachen. Wenn der Staat den Ärmsten die

Lebensgrundlage entzieht, um die Privilegien und den Reichtum der Wenigen zu schützen, verliert er seine moralische und demokratische Legitimität. Soziale Sicherheit ist kein Luxusgut, das Menschen sich nur in wirtschaftlichen Boomphasen leistet und in Krisenzeiten wegekürzt. Sie ist die Grundlage des gesellschaftlichen Friedens.

Der Kampf für den Sozialstaat ist ein Kampf gegen die Macht von Überreichen und Kapital. Wir wollen eine tiefgreifende Demokratisierung aller Lebensbereiche. Deshalb muss der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum solidarisch von oben nach unten umverteilt werden, statt sich in den Händen weniger Konzerne und Superreicher zu konzentrieren. Eine Wirtschaft, die sich an Profitmaximierung orientiert, schafft keine soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Zukunft? Gerecht verteilen.

Der aktuelle Sparkurs schnürt der Zukunft unseres Landes die Luft ab. Wer in Zeiten des Wandels und der Krise die öffentliche Infrastruktur kaputtspart, betreibt bewusste Sabotage an den kommenden Generationen. Es braucht eine radikale Kehrtwende in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Deshalb fordern wir:

1. die sofortige und ersatzlose Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz, da dieses Dogma die dringend notwendigen Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, den öffentlichen Nahverkehr und den sozialen Wohnungsbau blockiert. Zukunftsinvestitionen dürfen nicht durch künstliche Haushaltsgrenzen verhindert werden.
2. die Wiedereinführung einer progressiven Vermögenssteuer für Überreiche sowie eine Reform der Erbschaftssteuer, die große Betriebsvermögen und Millionen- bzw. Milliardenerbenschaften nicht länger privilegiert. Wer über enorme Vermögen verfügt, muss einen entsprechend größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.
3. ein fundamentaler Systemwechsel in der Wirtschaftspolitik, welcher staatliche Wirtschaftsförderung und Subventionen strikt an soziale und ökologische Kriterien koppelt. Unterstützung darf es nur noch für Unternehmen geben, die Tarifverträge einhalten, gute Arbeitsbedingungen garantieren und nachweislich klimafreundlich wirtschaften.
4. die vollständige, unbürokratische und ausreichende Ausfinanzierung einer echten Kindergrundsicherung, die jedes Kind erreicht. Jedes Kind erhält einen garantierten, einkommensunabhängigen Basisbetrag sowie einen Zusatzbetrag, der Armut effektiv verhindert und alle Bedarfe für Bildung und soziale Teilhabe automatisch abdeckt.

Existenz sichern und Eingliederung ermöglichen

Das Prinzip von Strafe, Misstrauen und Schikane im aktuellen System muss durch echte Solidarität und Respekt ersetzt werden. Menschen dürfen nicht durch die Androhung von

80 Obdachlosigkeit oder Hunger gefügig gemacht werden. Deshalb fordern wir:

- 81 1. die Einführung einer bedingungslosen und vollkommen sanktionsfreien
82 Garantiesicherung, welche das aktuelle System von Repression und Kürzungen beim
83 Bürgergeld sowie bei der Grundsicherung beendet. Das soziokulturelle
84 Existenzminimum ist unverhandelbar und darf unter keinen Umständen
85 unterschritten oder gekürzt werden.
- 86 2. eine massive Aufstockung sowie eine qualitative Verbesserung der
87 Eingliederungshilfen. Statt Menschen in prekäre Leiharbeit, Niedriglohnsektoren
88 oder sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen zu drängen, fordern wir echte
89 Weiterbildung, Umschulung und langfristige Perspektiven auf Augenhöhe.
- 90 3. eine Politik der solidarischen Integration auf dem Arbeitsmarkt, die Menschen
91 mit Fluchtgeschichte oder Migrationshintergrund den sofortigen, unbürokratischen
92 Zugang zu regulärer Arbeit und umfassenden Sprachkursen ermöglicht. Jede Form
93 von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss rechtlich deutlich schärfer
94 sanktioniert werden, egal ob sie durch Betriebe oder staatliche Stellen
95 geschieht.

96

97 **Solidarische Absicherung in Rente, Gesundheit und Pflege**

98 Das Versprechen eines Lebens in Würde gilt für die gesamte Lebensspanne. Die
99 Privatisierung und Ökonomisierung des Sozialen hat zu einem dramatischen
100 Pflegenotstand und zu grassierender Altersarmut geführt. Stattdessen fordern wir:

- 101 2. Die Abschaffung der ungerechten Zweiklassenmedizin durch die Einführung einer
102 solidarischen Bürger*innenversicherung für alle im Gesundheitssystem. Die
103 Trennung in gesetzliche und private Krankenversicherung wird beendet, sodass
104 alle Menschen den gleichen Zugang zu exzellenter medizinischer Versorgung
105 erhalten.
- 106 3. Das strikte Verbot jeglicher Eigenbeteiligungen im Gesundheitswesen.
107 Medizinische Versorgung, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, notwendige
108 Therapien, psychotherapeutische Behandlungen sowie ambulante und stationäre
109 Pflege müssen vollständig von der Solidargemeinschaft finanziert werden. Niemand
110 darf aus finanziellen Gründen auf notwendige Behandlungen verzichten,
111 Medikamente nicht einlösen oder pflegebedürftige Angehörige unzureichend
112 versorgen. Gesundheit ist ein Grundrecht und keine Ware. Deshalb darf der Zugang
113 zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung niemals vom Einkommen, Vermögen oder
114 Wohnort abhängen. Statt Zuzahlungen und Eigenanteilen braucht es eine
115 solidarisch finanzierte Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle
116 entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzahlen und aus der
117 alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen.
- 118 4. Die Aufrechterhaltung der telefonischen Krankschreibung sowie die Abkehr von der
119 Initiative Krankmeldungen künftig bereits ab dem 1. Krankheitstag vorlegen zu müssen.
- 120 5. Ein Ende der geplanten Kürzungsvorhaben im Bereich Gesundheit und Pflege wie
121 beispielsweise die geplante Abkehr von Pflegepersonaluntergrenzen oder die

122 Einführung eines neuen Pflege-Finanzierungssystems, das sich an finanziellen
123 Zielmarken und weniger an menschlichen Bedürfnissen orientieren soll.
124

125 Als GRÜNE JUGEND glauben wir an das Gute im Menschen.

126

127 Wir weigern uns, die zynische Kälte eines Systems hinzunehmen, das auf Misstrauen und
128 blanker Existenzangst gebaut ist. Eine Politik, die straft und kürzt, erstickt die
129 Hoffnung und bricht den gesellschaftlichen Willen. Wir aber wissen aus tiefster
130 Überzeugung, dass Menschen füreinander eintreten und über sich hinauswachsen, wenn
131 wir ihnen mit Vertrauen, Respekt und grenzenloser Solidarität begegnen.

132

133 Ein wahrer Sozialstaat ist kein eiskalter Apparat der Disziplinierung. Er ist das
134 warme Fundament, auf dem wir alle sicher und angstfrei stehen können. Wenn wir die
135 lähmende Furcht vor dem Absturz endlich aus unserem Leben verbannen, entsteht Raum
136 für echten Mut, für Träume und für ein freies und starkes Miteinander. Unsere Antwort
137 auf die Dunkelheit dieses Kürzungsdiktats ist der unerschütterliche Glaube an unserer
138 Solidarität. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die wärmt, schützt und wirklich
139 niemanden zurücklässt.

140

Antrag V-11: Solidarität mit ALLEN Wohnungs- und Obdachlosen

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1. Das Selbstverständnis der GRÜNEN JUGEND ist das folgende:

1.1. Ein Dach über dem Kopf ist kein Privileg, sondern der Grundstein menschlicher Würde. Wo die Kälte der Straße oder die nächste Hitzewelle nach Menschen greift, antworten wir als GRÜNE JUGEND mit unteilbarer Solidarität und stehen für eine Gesellschaft, die niemanden im Stich lässt. Wir träumen nicht nur von einer gerechten Welt, wir streiten für sie: für Räume des Schutzes, der Wärme und der Abkühlung, sowie des bedingungslosen Ankommens für jeden einzelnen Menschen. Deshalb kämpfen wir für einen solidarischen Umgang mit allen wohnungs- und obdachlosen Personen. Herkunft, Aufenthaltsstatus oder bürokratische Hürden dürfen niemals über den Wert eines Menschen oder sein Recht auf Obdach entscheiden, denn das Recht auf Wohnen kennt keine Grenzen.

12

2. Die Auffassungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:

2.1. Menschenwürdige Unterbringung muss ausnahmslos für alle von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffenen Personen gelten. Weder Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Staatsbürgerschaft, noch Zuständigkeitsfragen dürfen jemals als Vorwand dienen, Menschen von Schutzangeboten auszuschließen oder abzuschrecken. Das Recht auf eine sichere Behausung kennt keine Grenzen oder Formalien.

2.2. Die Länder stehen in der Pflicht, gemeinsam mit den Kommunen verbindliche Mindeststandards festzulegen, die sich strikt an den fachlichen Empfehlungen der zuständigen Ministerien orientieren. Not- und Obdachlosenunterkünfte müssen zwingend menschenrechtskonform ausgestaltet sein. Das bedeutet für uns eine angemessene Wohnqualität, konsequenter Schutz vor Gewalt, die Berücksichtigung besonderer Schutzbedarfe sowie transparente Beschwerde- und Mitbestimmungsstrukturen für die untergebrachten Personen. Gleichzeitig muss die Schwelle für den Zugang zu diesen Einrichtungen massiv und dauerhaft gesenkt werden.

2.3. Die Klimakrise eskaliert und Extremwetterereignissen werden immer häufiger und das trifft neben jungen und alten Menschen, sowie Menschen mit Vorerkrankungen vor allem Menschen in Armut und Obdachlose Personen. Diese sind am stärksten der Winter-Kälte und den Sommer-Hitzewellen ausgesetzt und brauchen mehr Klimaanpassung, da sie der Gefahr auf der Straße dauerhaft ausgesetzt sind und nicht wie Überreiche einfach in den Pool springen oder die Klimaanlage anschalten können. Diese Ungerechtigkeit ist tödlich wie die letzte Hitzewelle Ende Juni mit 1300 zusätzlichen Toten europaweit uns erneut deutlich gemacht hat. Da hilft es nicht einfach zu appellieren mehr Wasser zu trinken, sondern die Politik muss konkrete Schutzmaßnahmen und -Konzepte umsetzen. Fossile Brennstoffe müssen gestoppt, Städte mit grüner und blauer Infrastruktur umgebaut, ausreichend gekühlte Schutzräume für Wohnungslose zur

Verfügung gestellt, sowie Extremwetter-Aktionspläne und Hitzegefahren-Karten mit eingezeichneten Abkühlungsräumen erstellt werden.

2.4. Wir vertreten die Auffassung, dass finanzielle Landeshilfen für die Obdachlosenunterbringung kein Freifahrtschein für die Kommunen sein dürfen. Sie müssen strikt an die Umsetzung der Mindeststandards und an messbare Verbesserungen in der Versorgung geknüpft werden.

2.5. Wer von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen ist, ist in der Wohnungsnot besonders verletzlich. Wir erwarten eine Infrastruktur, in der LSBTIQA*, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und einkommensschwache Personen in den Unterkünften aktiv und strukturell vor Diskriminierung bewahrt werden. Ein zentraler Fokus muss zudem auf dem Jugendschutz liegen. Careleaver*innen benötigen beim Übergang aus der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit eine lückenlose, proaktive Unterstützung, damit das Risiko der Wohnungslosigkeit von vornherein abgewendet wird.

2.6. Land und Kommunen müssen eine lückenlose und regelmäßige öffentliche Berichterstattung über die Realität der ordnungsrechtlichen Unterbringung sicherstellen. Wir verlangen ungeschönte Daten zur Belegung und Auslastung, zu Schutzkonzepten, zu dokumentierten Gewaltvorfällen und den bestehenden Hürden. Nur wenn der tatsächliche Mangel an Plätzen, Personal und Unterstützung vor Ort schonungslos benannt wird, kann Politik echte Lösungen schaffen.

3. Die bundespolitischen Forderungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:

3.1. Wir fordern eine sofortige Anschubfinanzierung des Bundes, um "Housing First" flächendeckend zum Standard zu machen. Statt 30 mindestens 50 Euro pro Nacht für perspektivlose Notunterkünfte zu verschwenden, müssen die über 50.000 obdachlosen und 400.000 wohnungslosen Menschen in Deutschland bedingungslose, reguläre Mietverträge erhalten.

3.2. Der freie Markt löst die Wohnungskrise nicht. Wir fordern vom Bund die Aufstockung der Fördermittel auf mindestens 5 Milliarden Euro pro Jahr, um das reale Defizit zu schließen und jährlich 100.000 neue Sozialwohnungen (statt aktuell 25.000) zu bauen. Jeder geförderte Neubau muss zwingend mit einer ewigen Mietpreisbindung versehen werden.

3.3. Außerdem braucht es mehr finanzielle Mittel zur sozialen Klimaanpassung für die Kommunen, damit diese ihre Siedlungen und Städte klimagerecht umbauen können, sowie mehr Räume zur Abkühlung und Wärme zur Verfügung stellen können.

3.4. Zwangsräumungen zerstören Existenzen und kosten den Staat pro Fall völlig sinnlos 3.000 bis 5.000 Euro. Wir fordern ein 50-Millionen-Euro-Bundesprogramm zur dauerhaften Finanzierung kommunaler Präventionsstellen. Mietschulden müssen frühzeitig aufgefangen und Räumungsklagen konsequent abgewendet werden, bevor Menschen auf der Straße landen.

Antrag V-12: Antifa ist queerfeministisch: TINA*-Rechte schützen und Vernetzung stärken!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Weltweit steigen Gewalt und politische Bedrohung gegen trans*, inter, nicht-binär und
 2 agender Personen (abgekürzt: TINA*-Personen). Ob offene Anfeindungen, Diskriminierung
 3 oder die systematische Infragestellung der Existenz queerer Menschen - immer mehr
 4 Menschen müssen um Zugehörigkeit kämpfen. In Großbritannien werden trans* Frauen
 5 gesetzlich nicht mehr als Frauen anerkannt, in den USA und Indien wird die
 6 Selbstbestimmung durch neue Gesetze und Dekrete eingeschränkt. Vor allem rechte
 7 Parteien nutzen TINA*-Personen als Feindbild und schüren Hass. Dabei
 8 instrumentalisieren sie gezielt einen reaktionären „Feminismus“, der mit
 9 rassistischen Narrativen gegen Migrant*innen verknüpft wird. Gleichzeitig müssen in
 10 progressiven Parteien oft Betroffene Aufklärungsarbeit leisten, während TINA*-
 11 Personen selbst in internen Strukturen ausgegrenzt werden. Als GRÜNE JUGEND wissen
 12 wir: Feministisch kämpft man nur gemeinsam!

13 Diese permanente Bedrohung hinterlässt bei vielen Spuren: Mehrere Studien zeigen etwa
 14 eine erhöhte Suizidalität unter trans* Personen und laut dem „Trans Murder
 15 Monitoring“ der „TGEU“ wurden seit 2009 über 5.000 trans* Personen ermordet.
 16 Besonders migrantisierte und BIPOC-TINA*-Personen erleben ein extremes Ausmaß an
 17 Gewalt und müssen zusätzlich gegen institutionellen und intersektionalen Rassismus
 18 ankämpfen.

19 Auch in Deutschland werden politische Angriffe auf die Rechte von TINA*-Personen
 20 vorbereitet und bereits umgesetzt.. Das Selbstbestimmungsgesetz regelt die
 21 Datenweitergabe eigentlich streng durch das sogenannte Offenbarungsverbot: Daten vor
 22 der Änderung des Geschlechtseintrags dürfen grundsätzlich nicht weitergegeben werden.
 23 Dennoch gibt es Versuche, vermeintliche rechtliche Spielraum auszunutzen, die immer
 24 wieder eingebracht werden. Einzelne Bundesländer befürworten eine automatisierte
 25 Datenweitergabe an Sicherheitsbehörden und die Polizei. In Baden-Württemberg soll
 26 dies beispielsweise durch eine Änderung in der Meldeverordnung im November 2026 in
 27 Kraft treten. Darüber hinaus entwirft das Bundesinnenministerium aktuell ein
 28 deutschlandweites Sonderregister, über das der Bundesrat noch abstimmen muss. Der
 29 Entwurf sieht vor, dass der frühere Geschlechtseintrag, der frühere Vorname, das
 30 Datum der Änderung sowie die ändernde Behörde mit Aktenzeichen routinemäßig
 31 weitergegeben werden - angeblich, damit Meldeämter „ihre Aufgabe erfüllen können“.
 32 Neben diesen Bedrohungen durch diese Sonderregister, welche faktisch Zwangsoutings
 33 schon bei einem Umzug bedeuten würden, hat auch die 97. Justizminister*innenkonferenz
 34 (JuMiKo) im Juni 2026 angestoßen, das Selbstbestimmungsgesetz weiter auszuhöhlen,
 35 indem die Justizminister*innen empfehlen, das Selbstbestimmungsgesetz um
 36 „verhältnismäßigen, rechtssicheren und entstigmatisierenden Prüfmechanismus für Fälle
 37 offenkundigen Missbrauchs des SBGG“ zu erweitern. Dies stellt jedoch nur eine
 38 Erschwerung und Verschärfung der aktuellen Gesetzeslage dar, denn wie der Fall

39 Lieblich schon zeigte, sind nötige Instrumente zum Schutz vor missbräuchlicher
40 Inanspruchnahme schon vorhanden und in diesem Fall auch schon genutzt worden.

41 Es zeigt sich also: Sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene werden die Rechte
42 von TINA*-Personen angegriffen! Für uns ist klar, dass diese Regelungen einen
43 Generalverdacht und ein systematisches Misstrauen des Staates gegenüber den eigenen
44 Bürger*innen ausdrückt. Und das hat Geschichte: Bereits 1933 legten Polizeibehörden
45 „rosa Listen“ an, um homosexuelle Männer zu erfassen. Im Nationalsozialismus wurden
46 diese zentralisiert und für staatliche Verfolgung genutzt. Sonderregister,
47 Meldelisten und jede Form der gezielten Entrechtung sind nicht nur unverhältnismäßig,
48 sie bedrohen gezielt Minderheiten. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der faschistische
49 Akteur*innen an Zuspruch gewinnen, wird Ungleichheit institutionalisiert und aktiv
50 gefördert. Das Gegeneinander-Ausspielen von Minderheiten ist ein deutliches
51 Warnsignal, eben weil Ungleichheit der Nährboden für Faschismus ist!

52 Wenn international TINA*-Personen unter Generalverdacht stehen und fundamentale
53 Rechte angegriffen werden, dürfen wir dazu nicht schweigen. Es ist unsere Pflicht,
54 uns weiterzubilden, Betroffenen sicherere Räume zu bieten und politischen Widerstand
55 als Teil unserer queerfeministischen und antifaschistischen Praxis zu verstehen!

56 Behördengänge dürfen niemandem Angst machen. Menschenrechte, und damit auch die
57 Sicherheit von TINA*-Personen, stehen für uns immer im Vordergrund.

58 Anknüpfend an den Antrag des 59. Bundeskongress „Nie wieder Rosa Listen“ sowie den
59 Beschluss „Keine Rosa Listen 2.0!“ der GRÜNEN JUGEND Hamburg, fordern wir:

- 60 • Den Stopp aller Sonderregister - keine neue „Rosa Liste“! Das bedeutet das
61 sofortige Ende aller Entwürfe für Sonderregister oder Sonderkennzeichnungen.
62 Keine dauerhafte Speicherung oder Übermittlung früherer Geschlechtseinträge über
63 das absolut notwendige Mindestmaß hinaus. Kein Extrablatt, keine Marker-Felder
64 und keine technische Hervorhebung von trans* Personen in den Melderegistern.
- 65 • Konsequenter Schutz des Offenbarungsverbots - Menschenrechte und die Sicherheit
66 von TINA*-Personen stehen dabei immer im Vordergrund. Ohne Einwilligung dürfen
67 frühere Einträge weder offengelegt noch ausgeforscht werden. Ausnahmen müssen
68 eng gefasst, verhältnismäßig und nachverfolgbar sein. Verstöße müssen
69 sanktioniert werden.
- 70 • Echter Datenschutz für sensible Daten und keine automatisierte Weitergabe
71 zwischen Behörden.
- 72 • Transparenz und Kontrolle über eigene Daten -leicht zugängliche, unbürokratische
73 Widerspruchs- und Beschwerdemöglichkeiten gegen Datenübermittlungen.
- 74 • Ausbau von Schutz und Antidiskriminierung - Behördengänge sollten niemandem
75 Angst machen. Dazu benötigt es die Stärkung von Antidiskriminierungs- und
76 Gewaltschutzstrukturen, Schutzunterkünften und unabhängigen Beratungsstellen,
77 sowie verpflichtende Fortbildungen zu queerfeindlicher Diskriminierung bei der
78 Polizei und Justiz.
- 79 • Schutz von TINA*-Personen und Vernetzungsangebote als Teil unserer
80 antifaschistischen Praxis in der GRÜNEN JUGEND - wir nehmen unsere Verantwortung
81 ernst und fördern TINA*-Personen, damit deren Perspektiven mehr Platz innerhalb

- 82 unseres Verbands bekommen. Dafür benötigt es eine intersektionale Überarbeitung
83 der Geschlechterstrategie auf mehrfach marginalisierte Perspektiven, welche
84 Vorschläge für eine intersektionale Umsetzung auf allen Ebenen der GRÜNEN
85 JUGEND, regionale Vernetzungsangebote und das Mitdenken queerer Perspektiven in
86 unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit beinhalten muss.
- 87 • Konsequente Kritik und den Ausbau an Strategien für einen wirklich inklusiven
88 Queerfeminismus bei Bündnis 90/Die Grünen
- 89 Niemand sollte Angst vor einem Zwangsouting oder der Diskriminierung bei
90 Behördengängen haben - Selbstbestimmung gilt auch beim Datenverkehr!

Antrag V-13: Krieg ist kein Geschäft - Rüstungskonzerne verstaatlichen!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND fordert Bündnis 90/Die Grünen und die Bundesregierung auf, sich für
2 eine Verstaatlichung der deutschen Rüstungsindustrie und im Besonderen großer
3 Rüstungskonzerne einzusetzen.

4 Der Aktienpreis von Rheinmetall ist seit der Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz um fast
5 2000% auf ein nie dagewesenes Hoch angestiegen. Auch andere Unternehmen der
6 Rüstungsbranche berichten von nie dagewesenen Gewinnen oder um ein vielfaches
7 angestiegene Aktienpreise - horrenden Profite, die nicht in den Taschen privater
8 Investor*innen landen sollten.

9 Die Bereicherung durch Waffen und Rüstungsgüter stellt auch einen grundlegenden
10 Interessenkonflikt zwischen der Profitmaximierung privater Unternehmen und dem
11 allgemeinen Wunsch nach Frieden dar. Die kapitalistische Notwendigkeit, Profite zu
12 steigern und immer mehr zu produzieren, macht Frieden für diese Unternehmen und ihre
13 Interessenvertreter*innen uninteressant, das darf nicht so sein!

14 Um diesen Konflikt aufzulösen, müssen die deutschen Rüstungskonzerne in staatliche
15 Hand überführt werden. Dies soll geschehen, um den Unternehmen den Zwang zur
16 Profitmaximierung und damit das wirtschaftliche Interesse an Kriegen zu nehmen.

17 Eine Industrie, welche Schutz als öffentliches Gut anbietet und enorme staatliche
18 Summen kassiert, sollte nicht in privater, sondern staatlicher Hand verbleiben!

19

20 **Deutsche Waffenexporte kritisch hinterfragen und strikter begrenzen**

21 Deutschland ist noch immer der fünft-größte Waffenexporteur der Welt, mit vielen
22 Käufer*innen im globalen Süden. Viele dieser Waffen und Rüstungsgüter werden von
23 autoritären Staaten und in Krisengebieten eingesetzt, um Zivilist*innen zu
24 unterdrücken und zu töten. Selbst in russischen Waffen, die benutzt wurden, um die
25 Ukraine anzugreifen, fanden sich Komponenten aus deutscher Produktion.

26 Eine staatliche Rüstungsindustrie würde es der Bundesregierung und dem Bundestag
27 ermöglichen, die Exporte von Waffen und Rüstungsgütern stärker zu begrenzen und zu
28 lenken, über die bisherigen Kompetenzen des Bundessicherheitsrats hinaus. Damit
29 könnte viel durch Profitgier ermöglichtes Leid verhindert und durch gezieltere
30 Exporte von Rüstungsgütern eine stärker wertebasierte Außenpolitik gestaltet werden.
31 Rüstungsexporte müssen von der Zivilgesellschaft aktuell und auch weiterhin kritisch
32 begleitet werden können, da diese Exporte aktuell häufig keine wertebasierte
33 Außenpolitik verfolgen. Daher unterstützen wir friedliche Proteste, die sich gegen
34 Rüstungsexporte zum Leid der Zivilgesellschaft in betroffenen Regionen einsetzen.

35

36 **Staatliche Verteidigungsfähigkeit durch staatliche Unternehmen!**

37 Eine nicht profitorientierte Ausrichtung von Rüstungsunternehmen würde ebenfalls

geringere Kosten für den deutschen Staat bedeuten, da nun durch Produktion und Verkauf keine Gewinne erwirtschaftet werden müssten. Aktuell profitieren davon Überreiche sowie Aktionär*innen, die somit durch Kriege massive Gewinne machen. Mit einer Änderung dieser bisherigen Praxis könnten die Bundeswehr, andere Staatsorgane und Verbündete gleiche Güter zu einem geringeren Preis einkaufen und die finanzielle Last einer Verteidigungsfähigkeit schmälern. Eine staatliche Kontrolle der Rüstungsindustrie würde die Bundeswehr sowie andere verbündete europäische Streitkräfte autonomer machen und die Notwendigkeit nehmen, auf Importe aus autokratischen Staaten zurückzugreifen.

Zudem würde die Verstaatlichung von Rüstungskonzernen die Bündelung von Ressourcen sowie die Vereinheitlichung von Standards massiv erleichtern und fördern. Gerade in Hinblick auf eine koordinierte Verteidigung im europäischen Verbund ist die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern essentiell. Dafür sind gemeinsame, vereinheitlichte Standards unabdingbar, welche durch staatliche Rüstungsunternehmen deutlich einfacher umzusetzen sind und von diesen noch gefördert werden können.

Die Bundeswehr und alle anderen Armeen unserer europäischen Partner*innen benötigen Waffen und Güter von bestimmter Beschaffenheit. Sie wissen selbst am besten, welche Eigenschaften und Produktionsstandards für die Ausrüstung der Soldat*innen gebraucht werden. Auch vor diesem Hintergrund sind staatliche Rüstungsunternehmen effizienter: Sie antworten exakter auf die Bedarfe der Armee und können die Produktion ggf. schneller an neue Konfliktlagen anpassen, als dies privatwirtschaftliche Akteur*innen vermögen. Staatliche Rüstungsunternehmen sind in der Lage, besser und enger mit denjenigen staatlichen Institutionen zusammenzuarbeiten, die für die Sicherheit unseres Staats zuständig sind, und die liberale Demokratie effektiver gegen Angriffe autoritärer Staaten zu schützen. Vor dem Hintergrund geopolitischer Auseinandersetzungen und besonders des Kriegs in der Ukraine ist die Verstaatlichung von Rüstungskonzernen für die praktische Verteidigung des Bündnisgebiets unverzichtbar.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen - *tax the rich* statt Sozialabbau!

Wir sehen mit Sorge, dass Investitionen in andere Schlüsselbereiche unserer Gesellschaft, so z.B. die Ausgaben im sozialen Bereich, beim Klimaschutz, in unsere Bildung und bei globaler Zusammenarbeit aktuell nicht ausreichend stattfinden. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Herausforderungen verschärft dies bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten und globale Krisen und vernachlässigt die anderen zentralen Handlungsfelder sowie Verantwortlichkeiten des Staats.

Verteidigungsfähigkeit und dringend notwendige Ausgaben in anderen Politikbereichen dürfen aber keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden! Daher fordern wir Verteidigungsfähigkeit nicht auf Kosten sozialer Ausgaben und somit des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu erreichen, sondern stattdessen Überreiche und Unternehmen endlich gerecht zu besteuern. Wir setzen uns daher weiter für eine gerecht ausgestaltete Besteuerung der Gesellschaft und konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung ein, damit unsere Gesellschaft auch in allen anderen

81 Politikbereichen zukunftsfest gemacht wird!

Antrag W-01: Kein Frieden durch Krieg - Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	W - TOP 4 – Kein Frieden durch Krieg: Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina

- 1 Als GRÜNE JUGEND wollen wir internationale Konflikte nicht nur als Machtpolitik
- 2 einzelner Staaten verstehen, sondern die Verantwortung für Menschenrechte,
- 3 internationale Solidarität und die Verteidigung des Völkerrechts hochhalten. Gerade
- 4 in Zeiten globaler Krisen, autoritärer Verschiebungen und zunehmender Militarisierung
- 5 braucht es eine internationalistische Politik, die Sicherheit universell denkt und
- 6 die notwendigen Voraussetzungen dafür schafft, dass alle Menschen in friedlichen,
- 7 freiheitlichen und gerechten Verhältnissen leben können.
- 8 Im Israel-Palästina-Konflikt bedeutet das für uns die Sicherheit, das Recht auf
- 9 Selbstbestimmung und den Schutz vor Terror, Krieg und Vertreibung für alle Menschen -
- 10 unabhängig von ihrer Religion, Herkunft oder Ethnie. Außenpolitik muss historische
- 11 und gegenwärtige Ungleichheiten mitdenken, um sie nicht zu reproduzieren, sondern
- 12 bekämpfen zu können und ein staatliches Selbstbestimmungsrecht, das z.B. die
- 13 Schaffung zweier Staaten Israel und Palästina, zum Ziel haben.
- 14 Gerade hier wird deutlich, dass Außenpolitik nicht losgelöst von den bestehenden
- 15 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden kann.
- 16 Internationale Politik ist eng mit globalen Macht- und Eigentumsstrukturen verbunden,
- 17 die bis heute von imperialistischen Kontinuitäten geprägt sind. Wirtschaftliche,
- 18 politische und militärische Macht konzentrieren sich dabei vor allem in den
- 19 kapitalistischen Zentren, insbesondere im Globalen Norden, während die sozialen und
- 20 humanitären Folgen von Krieg, Destabilisierung und Ausbeutung häufig auf die
- 21 kapitalistische Peripherie, also z.B. Länder des globalen Südens, abgewälzt werden.
- 22 Die Interessen von Staaten und großen Unternehmen, insbesondere der Rüstungs-,
- 23 Energie- und Rohstoffindustrie, sind dabei oftmals eng miteinander verflochten.
- 24 Militarisierung, Aufrüstung und staatliche Gewalt dienen nicht selten der Absicherung
- 25 geopolitischer Einflusszonen, wirtschaftlicher Interessen und bestehender
- 26 Eigentumsverhältnisse. Kriege entstehen daher nicht ausschließlich aus
- 27 sicherheitspolitischen Konflikten, sondern stehen vielfach auch im Zusammenhang mit
- 28 globalen Konkurrenzverhältnissen, strategischen Ressourcen und ökonomischer Macht.
- 29 Die Folgen dieser Politik zeigen sich weltweit in Form von Tod, Vertreibung, Armut
- 30 und gesellschaftlicher Zerstörung, während gleichzeitig enorme Profite mit Krieg und
- 31 Aufrüstung erzielt werden. Eine internationalistische Politik muss diese
- 32 strukturellen Zusammenhänge sichtbar machen und sich gegen eine Logik stellen, die
- 33 Profit über menschliches Leben stellt. Solange sich mit Krieg wirtschaftlich
- 34 bereichert wird und Aufrüstung als Mittel politischer und ökonomischer Einflussnahme
- 35 funktioniert, fehlt häufig der tatsächliche Anreiz, Konflikte nachhaltig zu beenden.
- 36 Dieser Antrag versteht sich als Weiterführung der Beschlusslage des Sommerländerrats
- 37 2025 der GRÜNEN JUGEND und entwickelt diese Positionen inhaltlich weiter. Dabei

38 knüpfen wir an bestehende Grundsatzbeschlüsse an (s. dazu u.a. A-6 Zivilgesellschaft
39 in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen (1. Länderrat 2025); L1
40 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege (1.
41 Länderrat 2024); V-4 Überall Krieg, nirgendwo Schutz (2. Länderrat 2024) und führen
42 diese im Lichte der aktuellen Entwicklungen fort.

43 Zu einer gerechten und progressiven Politik gehört für uns außerdem, bestehende
44 Machtverhältnisse und kolonialistische Kontinuitäten auch sprachlich zu reflektieren.
45 Sprache ist niemals neutral, sondern prägt die Wirklichkeit und unsere Wahrnehmung
46 von ihr.

47 Der Begriff „Naher Osten“ ist kein neutraler geographischer Begriff, sondern Ausdruck
48 eines eurozentristischen und kolonialistisch geprägten Weltbilds. Dass eine Region
49 als „nah“ bezeichnet wird, ergibt sich allein aus der Perspektive Westeuropas, das
50 sich historisch selbst zum Bezugspunkt der Welt gemacht hat. Andere Regionen werden
51 dadurch nicht aus ihrer eigenen Realität heraus benannt, sondern in Relation zu
52 Europa eingeordnet.

53 Als GRÜNE JUGEND verwenden wir den Begriff „Nahost“ deshalb nicht. Stattdessen
54 sprechen wir von „Westasien“ oder benennen die betroffenen Orte und Gebiete konkret:
55 Westjordanland, Israel, Gaza, Palästina, Iran, Jemen und den Libanon. Damit wollen
56 wir eine präzisere, entkolonialisierte und weniger eurozentristische Sprache
57 verwenden. Diese sprachliche Konkretisierung soll sich auch in unserer konkreten
58 politischen Praxis wiederfinden, indem wir den Konflikt in Westasien, im Gebiet
59 Palästina und Israel auch als koloniale Gewalt begreifen.

60 Der Krieg in Gaza und die Besatzung von Land durch Israel, der Terror der Hamas, die
61 Eskalation von Gewalt sowie die zunehmende Polarisierung der Debatte stellen auch uns
62 als politische Jugendorganisation vor Herausforderungen. Wir erleben, wie Debatten
63 verrohen, wie Menschen gegeneinander ausgespielt werden und wie Antisemitismus,
64 antimuslimischer, palästinensischer, arabischer Rassismus und autoritäre Narrative
65 wieder lauter werden. Gerade deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, politische
66 Räume zu schaffen, die sich gegen jegliche Form der Entmenschlichung stellen,
67 universelle Menschenrechte verteidigen und Menschenrechtsverbrechen klar verurteilen,
68 unabhängig davon, wo sie passieren oder wer sie begeht.

69 Für uns bedeutet internationale Solidarität, Leid nicht gegeneinander auszuspielen.
70 Weder dürfen antisemitische Gewalt und die Traumata von Juden*Jüdinnen relativiert
71 werden, noch darf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, das durch die
72 menschenrechtswidrige Politik der israelischen Regierung, die Fatah-Herrschaft, aber
73 auch durch die Terrorherrschaft der Hamas, entstanden ist unsichtbar gemacht werden.
74 Eine linke Haltung zeigt sich gerade darin, Widersprüche auszuhalten, klare Haltung
75 gegen Terror und Menschenrechtsverletzungen einzunehmen und dennoch an den Prinzipien
76 von Menschenwürde, Völkerrecht und gleicher Freiheit für alle festzuhalten.

77 Als GRÜNE JUGEND wollen wir zu einer internationalistischen Politik beitragen, die
78 auf Diplomatie, zivile Konfliktlösung, globale Gerechtigkeit und starke
79 internationale Institutionen setzt.

80 Frieden entsteht nicht durch uneingeschränkte Militarisierung, Besatzung oder

81 autoritäre Gewalt, sondern durch gleiche Rechte, partizipative Teilhabe, soziale
82 Sicherheit und die konsequente Durchsetzung der internationalen Rechtsstaatlichkeit.
83 Dazu gehören eine internationale Ordnung, die auf gemeinsamem Recht statt auf
84 Machtpolitik basiert, ebenso wie internationale Gerichte und Institutionen, die
85 Kriegsverbrechen, Vertreibung und Verstöße gegen Menschenrechte verfolgen und ahnden.
86 Unser Internationalismus bedeutet deshalb, solidarisch an der Seite all jener zu
87 stehen, die trotz Krieg, Terror und Repression für Frieden und Menschenrechte
88 kämpfen. Eine gerechte internationale Ordnung kann nur bestehen, wenn universelle
89 Rechte nicht selektiv angewandt werden, sondern für alle Menschen gleichermaßen
90 gelten, unabhängig von geopolitischen oder wirtschaftlichen Interessen.

91 Dabei orientieren wir uns auch an den vielen Friedensbewegungen und
92 zivilgesellschaftlichen Initiativen weltweit, die sich vor Ort gegen Gewalt, Hass und
93 Unterdrückung einsetzen. Denn nachhaltiger Frieden kann nur entstehen, wenn gerade
94 die Stimmen der Leidtragenden gehört werden.

95 Für uns bedeutet eine feministische Außenpolitik deshalb, Sicherheit nicht allein
96 militärisch zu definieren, sondern die Lebensrealitäten der Menschen und
97 gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt und Unsicherheit in den Mittelpunkt zu
98 stellen. Krieg, Aufrüstung und autoritäre Politik verschärfen bestehende
99 Ungleichheiten und treffen insbesondere FLINTA*-Personen (also Frauen, Lesben, Inter,
100 Nichtbinäre, Trans und Agender Personen), queere Personen und marginalisierte Gruppen
101 überproportional stark. Feministische Außenpolitik setzt deshalb auf Prävention,
102 zivile Konfliktlösung, internationale Solidarität und die Stärkung
103 zivilgesellschaftlicher Strukturen.

104 Als Nation der Täter*innen des Nationalsozialismus hat Deutschland eine besondere
105 Verantwortung gegenüber Jüdinnen*Juden, für den Schutz jüdischen Lebens sowie die
106 Anerkennung der Verbrechen an allen Opfergruppen. Dazu zählt die kontinuierliche
107 Aufarbeitung in sämtlichen Gemeinden, Instituten, Firmen und staatlichen Strukturen
108 durch Forschung und gesellschaftliches Engagement, aber auch Reparationszahlungen an
109 die Hinterbliebenen der Opferfamilien, Unterstützung bei der Suche nach ihrer
110 Familiengeschichte und die Instandhaltung und Schaffung von Gedenk- und Mahnorten,
111 die heutige wie kommende Generationen als Austausch- und Lernort über den deutschen
112 Nationalsozialismus begleiten. Zugleich folgt aus der Shoa eine besondere
113 Verantwortung für die Wahrung der universellen Menschenrechte, die als direkte
114 Konsequenz aus den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands in der
115 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert wurden und durch das Völkerrecht
116 geschützt werden sollen. Diese Verantwortung gilt gegenüber allen Menschen und allen
117 Konflikten gleichermaßen und rechtfertigt niemals besondere moralische Härte oder
118 Sonderaufmerksamkeit gegenüber Israel.

119 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und zum
120 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht und
121 das Selbstbestimmungsrecht müssen jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
122 ausgeübt werden. Im politischen Diskurs wird häufig von einem „Existenzrecht“ Israels
123 gesprochen, auch wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er
124 drückt aus, dass Israel als einziger jüdischer Schutzraum das Recht hat zu existieren

125 und dass diese Existenz nicht in Frage gestellt werden darf, geschweige denn
126 verhandelbar ist.

127 Dass Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
128 angegriffen wurde und wird, macht deutlich, dass das sogenannte "Existenzrecht" keine
129 politische Floskel ist. Kein anderer Staat wird in vergleichbarer Weise mit der
130 systematischen Aberkennung seines Daseinsrechts konfrontiert. Dahinter steckt
131 letztlich die Frage des Selbstbestimmungsrechts: Dieses gilt uneingeschränkt für alle
132 Völker – für Israel wie für die Palästinenser*innen. Beide Rechte stehen nicht im
133 Widerspruch zueinander, und wir bekennen uns zu beiden.

134 Frieden kann nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg beschlossen werden. Nur eine
135 politische Lösung, die Sicherheit, gleiche Rechte und partizipative Perspektiven für
136 alle Menschen in der Region garantiert, kann langfristig zu einem gerechten Frieden
137 führen. Partizipative Perspektiven entstehen nicht von selbst. Sie setzen für
138 Palästina ein Ende der Gewalt auf beiden Seiten, einen dauerhaften Waffenstillstand,
139 den Schutz der Zivilbevölkerung, die Wiederherstellung grundlegender ziviler
140 Infrastruktur und ein Ende der Terrorherrschaft der Hamas voraus.

141 CN/TW: Explizite Beschreibung von Krieg, Terror, sexualisierter und tödlicher Gewalt

142 **Der 7. Oktober und historische Dimensionen des Konflikts**

143 Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas mit anderen
144 bewaffneten Gruppierungen an einem Schabbat ein Massaker an der israelischen
145 Zivilbevölkerung. Rund 1.200 Menschen wurden getötet und über 250 Personen in den
146 Gazastreifen verschleppt. Ziel waren unter anderem mehr als zwanzig Kibbuzim, das
147 Supernova-Musikfestival sowie die Städte Sderot und Ofakim.

148 Die an diesem Tag begangenen Verbrechen waren das schwerste Verbrechen an
149 Jüdinnen*Juden seit der Shoah und von extremer Grausamkeit geprägt: Menschen wurden
150 gefoltert, zahlreiche Personen verschleppt, Frauen und queere Menschen vergewaltigt
151 und Eltern vor den Augen ihrer Kinder ermordet. Dieses Ausmaß an Gewalt hat tiefe
152 Traumata hinterlassen und Menschen in Israel wie weltweit, insbesondere
153 Jüdinnen*Juden, schwer erschüttert. Der Angriff hat das Versprechen des Staates
154 Israel von Schutz und Sicherheit für alle Jüdinnen*Juden nach Jahrhunderten der
155 Verfolgung und Ausgrenzung massiv infrage gestellt. Unsere Solidarität gilt den
156 Opfern und ihren Angehörigen. Wir gedenken dieses Tages in tiefer Anteilnahme und im
157 Bewusstsein des bis heute andauernden Leids.

158 Die Folgen des 7. Oktobers beschränken sich nicht nur auf den Tag des Angriffs
159 selbst. Auch in den darauffolgenden Monaten und Jahren waren und sind Jüdinnen*Juden
160 und Israelis wiederholt Angriffen ausgesetzt, mussten Schutzräume aufsuchen und
161 lebten vielerorts unter den fortdauernden Bedrohungen durch Raketen- und
162 Drohnenangriffe.

163 Unmittelbar nach dem Terrorangriff begann der Krieg durch die israelische Regierung
164 im Gazastreifen, der zur gezielten Ermordung der palästinensischen Bevölkerung und
165 schweren humanitären Katastrophen geführt hat und noch immer führt. Ausmaß und
166 Vorgehen werden vielfach als unverhältnismäßig und völkerrechtswidrig bewertet. Ende

167 Januar 2026 bestätigte Israel offiziell, dass 70.000 Menschen ermordet wurden. Eine
168 Studie des Max-Planck-Instituts geht von über 100.000 Opfern aus. Viele Todesopfer
169 wurden aufgrund von hohen Dunkelziffern nicht erfasst. 1 Zu den
170 Menschenrechtsverletzungen zählen gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur,
171 weitreichende Bombardierungen dicht besiedelter Gebiete, die Ausübung sexualisierter
172 Gewalt, herabwürdigende und gewaltvolle Behandlung Gefangener unter anderem durch
173 Folter, den Einsatz palästinensischer Gefangener für militärische Zwecke, sowie die
174 massive Einschränkung der humanitären Versorgung, die wesentlich zur humanitären
175 Katastrophe in Gaza beitragen. Unabhängig von der Gewalt des 7. Oktobers lässt sich
176 das Leid durch diesen Krieg nicht rechtfertigen. Hinzu kommen hunderttausende
177 Verletzte sowie die weitgehende Zerstörung ganzer Städte. Seit dem 7. Oktober 2023
178 wurden laut Zahlen der UN rund 90 Prozent der Bewohner*innen von Gaza vertrieben. Das
179 entspricht rund zwei Millionen Menschen.² Humanitäre Helfer*innen und
180 Journalist*innen werden in ihrer Arbeit aktiv und absichtlich gefährdet und
181 teilweise gezielt getötet. Eine ganze Generation ist in ihrer Existenz und
182 Zukunftsperspektive massiv betroffen.

183 Das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza ist unermesslich und betrifft auch viele
184 Menschen in Deutschland unmittelbar, die familiäre Verbindungen in die Region haben.
185 Ihre Trauer, ihre Angst und ihre Verzweiflung müssen gehört und ernst genommen
186 werden. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Opfern in Gaza, in der Westbank sowie
187 allen Menschen, die von Gewalt, Verlust und Unsicherheit betroffen sind.

188 Gleichzeitig trägt auch die Herrschaft der islamistischen Terrororganisation Hamas,
189 deren Ideologie autoritär, fundamentalistisch und antisemitisch ist, durch Gewalt,
190 Repression und Missbrauch ziviler Strukturen maßgeblich zur Eskalation und zum
191 anhaltenden Leid bei. Dazu zählen der fortgesetzte Raketenbeschuss sowie die
192 Hinrichtung von Palästinenser*innen, denen Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen
193 wird. Auch die Behandlung der verschleppten israelischen Geiseln, einschließlich
194 Folter, Aushungerung und sexualisierter Gewalt, stellt schwerste
195 Menschenrechtsverletzungen dar. Auch die gezielte Gefährdung von palästinensischen
196 Zivilist*innen und medizinischer Infrastruktur demonstriert die Missachtung der Hamas
197 gegenüber Menschenleben. Der Missbrauch ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke
198 stellt ein Kriegsverbrechen dar. Diese Taten verurteilen wir unmissverständlich.

199 Der Israel-Palästina-Konflikt lässt sich weder auf aktuelle Ereignisse noch auf die
200 Staatsgründung Israels im Jahr 1948 reduzieren. Seine historischen Wurzeln reichen
201 bis in das 19. Jahrhundert und in Teilen noch weiter zurück. Im späten 19. und frühen
202 20. Jahrhundert entwickelten sich im Kontext des Osmanischen Reiches und der
203 zunehmenden politischen Umbrüche in der Region unter den arabischen Bewohner*innen
204 Palästinas politische Identitäten und nationale Bewegungen, aus denen sich
205 insbesondere während der britischen Mandatszeit ein eigenständiges palästinensisches
206 Nationalbewusstsein herausbildete,³ welches unterschiedliche Strömungen, von
207 demokratischen bis fundamentalistischen umfasst.

208 Während des britischen Mandats über Palästina (1920–1948) verschärften sich die
209 Spannungen zwischen der jüdischen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung
210 zunehmend. Die britische Mandatsmacht trug hierzu durch widersprüchliche politische

211 Zusagen und koloniale Herrschaftspraktiken wesentlich bei. So standen Versprechen an
212 die palästinensische Bevölkerung auf politische Selbstbestimmung neben der
213 Unterstützung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ im Rahmen der
214 Balfour-Deklaration. Anstatt einen gerechten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen
215 Ansprüchen zu schaffen, vertiefte die britische Politik bestehende Konfliktlinien und
216 legte damit einen Grundstein für die spätere Eskalation des Konflikts.

217 Der politische Zionismus, also die Bewegung für einen eigenen, jüdischen Staat,
218 entwickelte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund jahrhundertelanger
219 antisemitischer Verfolgung, Ausgrenzung und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden in Europa und
220 anderen Teilen der Welt. Für viele war die Forderung nach einem eigenen Staat
221 Ausdruck des Wunsches nach Sicherheit, Schutz und politischer Selbstbestimmung. Die
222 historischen Erfahrungen von Verfolgung, Ausgrenzung und Gewalt fanden ihren
223 grausamsten Höhepunkt in der Shoah, der systematischen Vernichtung von über sechs
224 Millionen Jüdinnen*Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine
225 Mittäter*innen. Als das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte prägt die Shoah
226 bis heute das kollektive Gedächtnis vieler Jüdinnen*Juden sowie die Bedeutung Israels
227 als Schutzraum und Ort jüdischer Selbstbestimmung.

228 Zugleich gerät häufig in Vergessenheit, dass in den Jahrzehnten nach der
229 Staatsgründung Israels rund 850.000 Jüdinnen*Juden aus arabischen Staaten vertrieben
230 wurden oder infolge von Verfolgung, Diskriminierung und Entrechtung ihre Heimat
231 verlassen mussten, in denen teilweise seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden jüdische
232 Gemeinschaften bestanden hatten. 4

233 Gleichzeitig ist die Geschichte der Region und des daraus hervorgegangenen Konflikts
234 eng mit massiven Verbrechen und tiefgreifenden Ungerechtigkeiten gegenüber der
235 palästinensischen Bevölkerung verbunden. Von der Nakba („Katastrophe“) in den Jahren
236 1947 bis 1949 waren rund 700.000 arabisch-palästinensische Menschen durch Flucht,
237 Vertreibung und Entrechtung unmittelbar betroffen. Zahlreiche Dörfer und Gemeinden
238 wurden zerstört oder entvölkert, Eigentum wurde enteignet und vielen Betroffenen
239 sowie ihren Nachkommen die Rückkehr dauerhaft verwehrt. Die Nakba bedeutete darüber
240 hinaus eine tiefgreifende Zäsur, die auch die soziale Struktur, kulturelle
241 Kontinuität und kollektive Identität der palästinensischen Gesellschaft nachhaltig
242 erschütterte.

243 Eine historisch fundierte Betrachtung des Konflikts muss beide Erfahrungen
244 anerkennen. Die Erinnerung an die Shoah und die Anerkennung des Existenzrecht Israels
245 stehen nicht im Widerspruch zur Anerkennung der Nakba⁵ und des historischen Leids der
246 Palästinenser*innen. Ebenso darf die Erinnerung an die Nakba nicht die beispiellosen
247 Verbrechen der Shoah relativieren. Beide historischen Erfahrungen sind Teil der
248 Geschichte des Konflikts und müssen gemeinsam betrachtet werden, um die Gegenwart zu
249 verstehen und Perspektiven für eine gerechte Zukunft zu entwickeln.

250 Zionismus muss als historische und politische Bewegung differenziert betrachtet
251 werden. Er entstand als Reaktion auf Antisemitismus und Verfolgung und ist und war
252 für viele Jüdinnen*Juden eng mit der Idee jüdischer Selbstbestimmung verbunden.
253 Gleichzeitig umfasst er unterschiedliche politische Strömungen, die von
254 pluralistisch-demokratischen Ansätzen bis hin zu ethnonationalistischen Ausprägungen,

255 reichen. Diese ethnonationalistischen und unterdrückenden Strömungen des Zionismus
256 lehnen wir wie jede Form des Nationalismus ab. Eine sachliche Auseinandersetzung mit
257 dem Zionismus berücksichtigt diese Vielfalt und unterscheidet klar zwischen legitimer
258 Kritik an politischen Entwicklungen und antisemitischen Deutungsmustern, die die
259 Existenz Israels in Frage stellen und die wir in unserem Verband nicht dulden.

260 **Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus**

261 Seit dem 7. Oktober 2023 ist weltweit ein deutlicher Anstieg antisemitischer Gewalt
262 zu verzeichnen. Antisemitische Straftaten haben in vielen Ländern stark zugenommen,
263 wie jüngst die Anschlagsserie auf Synagogen und jüdische Einrichtungen weltweit - in
264 Kanada, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Australien und den USA. Ob Schüsse,
265 Amokfahrt oder Sprengstoffanschläge, Jüdinnen*Juden werden terrorisiert und bedroht.
266 Auch in Deutschland sind antisemitische Vorfälle und Straftaten seitdem massiv
267 angestiegen, jüdische Studierende müssen sich an Universitäten Sorgen über ihre
268 Sicherheit machen und israelische Künstler*innen wurden aufgrund ihrer jüdischen
269 Ethnie von Veranstaltungen ausgeschlossen. 6 Der Schutz jüdischen Lebens ist eine
270 dauerhafte Verpflichtung, insbesondere für die Nachfahren der Shoah-Täter*innen. Wir
271 treten jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob er
272 von rechts, links, religiös-fundamentalistischen Strömungen oder aus der sogenannten
273 "gesellschaftlichen Mitte" kommt. Jüdinnen*Juden müssen überall sicher leben können.
274 Gleichzeitig ist auch eine Zunahme pauschaler Abwertung und Diskriminierung gegenüber
275 Menschen mit arabischem oder muslimischem Hintergrund zu beobachten, begleitet von
276 antimuslimischem, anti-palästinensischem und antiarabischem Rassismus sowie
277 Islamfeindlichkeit. 7 Wir beobachten auch diese Entwicklungen mit Sorge und treten
278 ihnen entschieden entgegen. Das bedeutet für uns auch, dass Demonstrationen gegen das
279 Handeln der israelischen Regierung nicht unter Pauschalverdacht gestellt werden
280 dürfen und wir die massive Polizeigewalt gegen Demonstrant*innen nicht hinnehmen
281 können. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Aktivist*innen, die sich gegen die
282 Politik der israelischen Regierung einsetzen und die Unterstützung der
283 Völkerrechtsverbrechen an den Palästinenser*innen beenden wollen, zum Beispiel durch
284 einen Stopp von Waffenlieferungen. Die Demonstrationsverbote, unverhältnismäßige
285 Kontrollen, Verbote, in einer anderen Sprache als Deutsch zu demonstrieren und
286 körperliche Übergriffe gegenüber Demonstrierenden und Aktivist*innen tragen zu einer
287 gezielten Einschüchterung und Unterdrückung palästinasolidarischer Stimmen bei. Diese
288 Repressionen treffen häufig bereits marginalisierte Menschen und Menschen ohne
289 sicheren Aufenthaltsstatus. Das politische Schweigen und die pauschalisierende
290 Verschmähung palästinasolidarischer Stimmen verschärfen bereits bestehende
291 Machtasymmetrien und können migrantisierten Menschen ihrer Individualität und ihrer
292 politischen Selbstbestimmung entziehen. Es ist zu beobachten, dass Behörden mit unter
293 eigenständig Konsequenzen zur Unterdrückung von Palästinasolidarität gezogen haben,
294 die sich als rechtswidrig herausstellten. Wir verurteilen diese scharf und
295 solidarisieren uns mit den Betroffenen 14.

296 Der Europarat hat Deutschland in diesem Zusammenhang wegen möglicher Einschränkungen
297 der Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie Berichten über unverhältnismäßige

298 Polizeigewalt bei pro-palästinensischen Demonstrationen kritisiert.
299 Sicherheit und Schutz müssen für alle Menschen gleichermaßen gelten, für
300 Jüdinnen*Juden und Israelis, ebenso wie für Muslim*innen und Menschen mit arabischer
301 Herkunft. Der Kampf gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ist
302 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die konsequent gestärkt werden muss.
303 Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Instrumentalisierung dieses Konflikts für
304 Hass, Hetze oder Einschränkungen demokratischer Grundrechte und setzen uns für
305 offene, geschützte und solidarische Diskursräume ein.
306 Auch in der GRÜNEN JUGEND gibt es rassistische und antisemitische Denkmuster und
307 strukturelle Hürden, denen wir den Kampf ansagen. Diskriminierung soll in unserem
308 Verband keinen Platz haben. Wir wollen eine GRÜNE JUGEND sein, in der sich alle
309 wohlfühlen. Dafür brauchen wir mehr kritische Reflexion und Bildungsarbeit. Diese
310 umfasst die Geschichte und die Hintergründen der Konflikte in der Region sowie die
311 fundierte Differenzierung und Einordnung politischer Begriffe und Diskurse. Das muss
312 in einem für alle sicheren Rahmen stattfinden, der Widersprüche und verschiedene
313 Perspektiven aushält.

314 **Überregionaler Konflikt in Westasien**

315 Im weiteren regionalen Kontext des Konflikts ist die Lage in Westasien von einer
316 Vielzahl miteinander verflochtener Eskalationen und Konflikten geprägt. Dabei spielen
317 staatliche und nicht staatliche Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah im
318 Libanon, die Huthi-Miliz im Jemen sowie weitere bewaffnete Gruppen eine zentrale
319 Rolle. Sie sind in unterschiedliche regionale Konfliktstrukturen eingebunden, tragen
320 zur fortdauernden Instabilität bei und bedrohen immer wieder gezielt die Sicherheit
321 Israels sowie die Zivilbevölkerung in der gesamten Region. Das werden wir niemals
322 akzeptieren. Die Hisbollah, die Huthi-Miliz und das iranische Regime tragen
323 wesentlich zur Destabilisierung der Region bei. Die Hisbollah und die Huthis
324 verschärfen durch bewaffnete Angriffe und Menschenrechtsverletzungen bestehende
325 Konflikte, während das iranische Regime sie unterstützt und zugleich durch massive
326 Repression im Inneren ,besonders gegen FLINTA*, Zivilgesellschaft und marginalisierte
327 Gruppen, sowie eine eskalierende Außenpolitik zur regionalen Unsicherheit beiträgt.
328 Gleichzeitig ist auch das militärische Vorgehen Israels in der Region klar zu
329 kritisieren. Zwar besteht im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht auf
330 Selbstverteidigung, dieses ist jedoch völkerrechtlich begrenzt und bindet alle
331 militärischen Akteure an die Grundsätze von Verhältnismäßigkeit und Schutz der
332 Zivilbevölkerung. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir insbesondere die trotz der
333 bestehenden Waffenruhe fortgesetzten militärischen Operationen im Libanon sowie in
334 angrenzenden Grenzregionen massiv. Sie führen zu großflächiger Zerstörung ziviler
335 Infrastruktur, zahlreichen zivilen Opfern und einer weiteren Eskalation einer ohnehin
336 katastrophalen humanitären Lage.
337 In der gesamten Region, insbesondere im Libanon, in Gaza, in Syrien, im Jemen sowie
338 in weiteren
339 Konfliktgebieten, ist die Zivilbevölkerung dauerhaft von Vertreibung, Zerstörung,

340 Hunger, Repression und dem Zusammenbruch grundlegender Versorgungssysteme betroffen.
341 Fluchtbewegungen in Westasien lassen sich dabei nicht auf einzelne Kriege oder
342 einzelne Verantwortliche reduzieren. Menschen fliehen vor Bombardierungen, Besatzung,
343 staatlicher Repression, Milizenherrschaft, ökonomischem Zusammenbruch, Hunger,
344 Verfolgung, patriarchaler Gewalt und der Zerstörung ziviler Infrastruktur. Diese
345 Zustände sind nicht bloß Begleiterscheinungen der Konflikte, sondern direkte Folge
346 fortgesetzter militärischer Eskalation, autoritärer Gewalt, internationaler
347 Machtpolitik und der Missachtung zentraler völkerrechtlicher Schutzpflichten.

348 Mit größter Sorge beobachten wir, dass Israel zunehmend und immer wieder den Libanon
349 angreift, nachdem die Hisbollah sich am 08.10.2023 dem die Vernichtung
350 beabsichtigenden Angriff der Hamas auf Israel angeschlossen hat.

351 Die israelische Bodenoperation in den Südlibanon, die am 1. Oktober 2024 als
352 „Operation Northern Arrows“ begann, sowie die seit dem Waffenstillstand vom 27.
353 November 2024 fortgesetzte israelische Militärpräsenz auf fünf strategischen Höhen im
354 Südlibanon und die anhaltenden Luftschläge auch nach der „Phase II“ Eskalation Anfang
355 2026 weist das Vorgehen der israelischen Armee im Libanon die gleichen Methoden auf
356 wie in Gaza. Es wird gezielt Infrastruktur zerstört: Brücken, Wasseranlagen &
357 Stromnetze. Berichte zeigen, dass die israelische Armee Glyphosat in hohen
358 Konzentrationen versprüht. Das Land bis zum Fluss Litani soll „kontrolliert“ werden,
359 was die de facto völkerrechtswidrige Besatzung des Gebietes bedeutet. Aktuell hält
360 die Armee rund 4.000 km² südlibanesischen Territoriums besetzt. Trotz verkündeter
361 Waffenruhe halten die Kämpfe im Süden des Libanons an. Eine Entwaffnung der
362 islamistischen Terrororganisation Hisbollah kann nur erfolgen, wenn der Libanon die
363 vollständige Kontrolle über sein Staatsgebiet besitzt. Die illegale Bodeninvasion
364 Israels im Libanon verhindert einen gerechten Frieden und destabilisiert die Region
365 weiter.

366 Waffenruhen wurden in der Vergangenheit sowohl von Israel als auch von Milizen im
367 Libanon, wie der Hisbollah, gebrochen. Auch im Libanon droht eine humanitäre
368 Katastrophe. Ein Großteil der Zivilbevölkerung ist derweil auf der Flucht und den
369 Angriffen schutzlos ausgeliefert.

370 Seit Anfang des Jahres hat sich der regionale Konflikt in Westasien durch die
371 Eskalation zwischen Iran, Israel und den USA nochmals deutlich verschärft. Nach den
372 militärischen Angriffen und Gegenangriffen Anfang 2026, die die Region zeitweise an
373 den Rand eines umfassenden Krieges geführt haben, ist es zwar inzwischen zu mehreren
374 Waffenruhe- und Verhandlungsinitiativen gekommen, eine stabile Friedensordnung ist
375 jedoch weiterhin nicht in Sicht.

376 Besonders deutlich zeigt sich die humanitäre Dimension des Konflikts in der Region an
377 der Situation der Zivilbevölkerung. Diese leidet bereits seit Jahrzehnten unter
378 massiver Repression durch das iranische Regime: Die iranische Gesundheitsbehörde
379 schätzt selbst, dass allein Anfang Januar 2026 bis zu 30.000 Demonstrierende durch
380 die Schergen des Regimes ermordet wurden 15. Die Bevölkerung ist nun zusätzlich von
381 den Folgen militärischer Eskalationen und gegenseitiger Angriffe, auch hier
382 wiederholt auf zivile Infrastruktur, betroffen. Die anhaltenden Spannungen zwischen
383 Iran, Israel und den USA verschärfen die Lage weiter und erhöhen das Risiko weiterer

384 Eskalationsschritte mit direkten Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung.

385 Doch nicht nur Akteure in der unmittelbaren Region, sondern auch internationale
386 Mächte müssen klar benannt werden. Russland hat durch die militärische Unterstützung
387 des Assad-Regimes, durch Blockaden internationaler Verantwortung und durch die
388 strategische Annäherung an das iranische Regime autoritäre Gewaltverhältnisse in der
389 Region stabilisiert. Auch westliche Staaten, allen voran die USA, tragen
390 Verantwortung: Militärische Interventionen, Waffenlieferungen, Regime-Change-Politik,
391 selektive Menschenrechtspolitik und die Unterstützung autoritärer Bündnispartner
392 haben in Westasien vielfach neue Gewalt, Abhängigkeiten, Unsicherheit und
393 Fluchtbewegungen hervorgebracht. Ein gerechter Frieden braucht internationale
394 Verantwortung und ein für alle gleichermaßen geltendes Völkerrecht.

395 Die USA müssen der Verantwortung als einflussreicher Partner Israels nachkommen. Wir
396 sehen, wie US-Präsident Donald Trump, unter anderem mit seinem "Trump-Plan",
397 ökonomische und politische Interessen der Überreichen vertritt und Profite über
398 Menschenleben stellt. Ein gerechter Frieden entsteht nicht durch egoistische Pläne
399 von Milliardären, sondern wenn viele Staaten, mit dem Ziel eines freien
400 palästinensischen Staates, Verantwortung übernehmen und eine palästinensische
401 Selbstbestimmung ermöglichen.

402 Auch die aktuellen Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran über ein mögliches
403 "Friedensabkommen" sind in diesem Kontext kritisch einzuordnen. Es handelt sich dabei
404 nicht um einen Friedensprozess, sondern um Verhandlungen zwischen Staaten, die in
405 erster Linie geopolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Im Zentrum steht
406 dabei nicht die nachhaltige Verbesserung der Lebensrealität der Zivilbevölkerung,
407 sondern eine Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse.

408 Ein solches Abkommen ist kein diplomatischer Erfolg, sondern ein Versagen, das
409 Menschenrechte mit Füßen tritt. Weder stehen die Rechte der Zivilist*innen und die
410 Freilassung politischer Gefangener im Fokus, noch beendet es die Hinrichtungswelle
411 und Repression gegenüber der iranischen Zivilbevölkerung.

412 Während die deutsche Bundesregierung, aber auch Vertreter*innen europäischer
413 Partnerländer, Donald Trump für sein Engagement in den Regionen loben, sehen wir,
414 dass diese Vorhaben die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung nicht verbessern
415 werden und bezweifeln stark, dass mit diesen Plänen ein eigenständiger
416 palästinensischer Staat aufgebaut werden kann. Wir appellieren an die deutsche
417 Bundesregierung, ihrer Verantwortung nachzukommen, in einer Art, die ihren Namen
418 verdient, und sich nicht von dem machtpolitischen Schauspiel blenden zu lassen. In
419 der internationalen, diplomatischen Arbeit der Bundesregierung muss das klare
420 Bekenntnis zur Stärkung der internationalen Völkerrechtsgerichtsbarkeit und zur
421 Autorität des Internationalen Gerichtshofs, als zentrale Instanz zur Auslegung und
422 Durchsetzung der Genozidkonvention wegweisend sein.

423 Als GRÜNE JUGEND schauen wir kritisch auf die Zeit der grün-geführten Außenpolitik,
424 die als Reaktion auf den Krieg in Gaza folgte. Insbesondere unter dem Blick der
425 feministischen Außenpolitik hätten wir früher Position beziehen müssen und
426 entsprechend handeln müssen, als immer klarer wurde, dass die militärischen Aktionen

427 der israelischen Regierung womöglich nicht im Verhältnis zum Ziel der israelischen
428 Selbstverteidigung standen.

429 Rückblickend hätten wir als Jugendverband auch stärker diese Positionen gegenüber
430 Bündnis 90/Die Grünen vertreten müssen und uns stärker für ein kritisches
431 Hinterfragen der grünen Außenpolitik einsetzen müssen. Auch heute sehen wir es als
432 Aufgabe der GRÜNEN JUGEND, Einfluss auf die Außenpolitik der Grünen auszuüben.

433 Die Grünen müssen ihre Verantwortung in Parlamenten, Regierungen und auf
434 europäischer Ebene nutzen, um sich aktiv für einen gerechten Frieden, die Achtung
435 eines gerechten Völkerrechts, die universelle Geltung der Menschenrechte, den Kampf
436 gegen Antisemitismus sowie Rassismus und echte internationale Solidarität
437 einzusetzen.

438 **Die humanitäre Lage in Palästina**

439 Seit Oktober 2023 hat sich die Situation in Gaza zu einer gravierenden humanitären
440 Katastrophe entwickelt. Die Zivilbevölkerung ist in weiten Teilen Opfer von
441 Aushungerung, massiver Unterernährung und der Zerstörung grundlegender
442 Versorgungsstrukturen betroffen. Besonders Kinder leiden unter akuter
443 Mangelernährung, Dehydrierung und Krankheiten, die unter normalen Bedingungen
444 behandelbar wären, im aktuellen Kontext jedoch häufig lebensbedrohlich werden. Der
445 Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser, Energie und medizinischer Versorgung ist in
446 großen Teilen des Gebiets nicht mehr gewährleistet.

447 Die humanitäre Krise wird durch die anhaltenden Einschränkungen und Verzögerungen bei
448 Hilfslieferungen sowie die weitreichende Zerstörung ziviler Infrastruktur gezielt
449 weiter verschärft. Hilfsorganisationen warnen seit Monaten vor gezielter und
450 systematischer Aushungerung der Bevölkerung durch die systematische Blockade von
451 Hilfslieferungen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Beschränkung
452 humanitärer Hilfe in dieser Form mit den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts
453 unvereinbar ist, das den Schutz der Zivilbevölkerung und den ungehinderten Zugang zu
454 lebensnotwendiger Hilfe klar vorschreibt. In der Konsequenz entsteht eine Situation,
455 in der humanitäre Hilfe nicht ausreichend dort ankommt, wo sie dringend benötigt
456 wird. Krankenhäuser, Schulen, Wohngebiete sowie Wasser- und Energieversorgungssysteme
457 sind massiv beschädigt oder funktionsunfähig. Darum ist es zwingend notwendig, dass
458 dort humanitäre Hilfe sichergestellt wird, die israelische Regierung die Blockade von
459 Zufahrtswegen vollständig aufhebt und zivilgesellschaftliche Hilfsorganisationen ohne
460 Kontakt zu Terrororganisationen mit Hilfsmitteln beliefert werden und ihre Arbeit
461 gestärkt wird. Auch Angriffe auf Zivilist*innen, medizinisches Personal, humanitäre
462 Helfer*innen und Journalist*innen sind dokumentiert. Die israelische Armee hat seit
463 Oktober 2023 mehr als 220 Journalist*innen getötet und erlaubt unabhängigen Medien
464 weiterhin keine unbegleitete Einreise nach Gaza. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass
465 das IDF und die Israelische Regierung wiederholt über die Faktenlage vor Ort gelogen
466 haben und nicht zur Aufklärung beitragen. Dadurch ist die Berichterstattung massiv
467 eingeschränkt. Wir fordern die israelische Regierung dazu auf, dieses Einreiseverbot
468 aufzuheben. 8

469 Die Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ist
470 erschütternd. Es wird von körperlichen Misshandlungen in den Gefängnissen berichtet,
471 massiven Einschränkungen von familiärem Besuch und rechtlichem Beistand, stark
472 begrenztem Zugang zu Strom oder Wasser, Hunger sowie Schließungen von
473 Krankenstationen. 9, 10 Im Oktober 2024 waren über 9.000 Palästinenser*innen in Haft
474 in israelischen Gefängnissen. Fast die Hälfte der Häftlinge wurde in
475 „Administrativhaft“ genommen, ohne Prozess und ohne Verteidigung. Im Jahr 2026 wurde
476 in Israel ein Gesetz zur Ausweitung der Todesstrafe beschlossen, das insbesondere im
477 Kontext militärischer Verfahren gegen Palästinenser*innen Anwendung finden kann.

478 Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir diese Entwicklung als schweren Rückschritt im
479 internationalen Menschenrechtsschutz. Besonders problematisch ist dabei die
480 Kombination aus militärischer Gerichtsbarkeit, politisch aufgeladenem Konfliktumfeld
481 und struktureller Ungleichbehandlung, die das Risiko willkürlicher oder
482 diskriminierender Urteile deutlich erhöht. Mit der Verabschiedung des Knesset-
483 Gesetzes vom 30. März 2026 zur Erweiterung der Todesstrafe für politisch motivierte
484 Tötungsdelikte wird eine rechtliche Zweiklassengesellschaft verankert. Die
485 Todesstrafe findet in der Praxis ausschließlich auf die palästinensische Bevölkerung
486 Anwendung: Vor den Militärgerichten im Westjordanland, die eine Verurteilungsquote
487 von über 96 Prozent aufweisen, wird die Todesstrafe künftig automatisch als
488 Regelstrafe verhängt. Die Vollstreckung muss innerhalb von 90 Tagen und ohne jede
489 Möglichkeit einer Begnadigung erfolgen. Für israelische Siedler*innen hingegen gilt
490 dieses Gesetz nicht, da sie in den besetzten Gebieten nicht der Militärjustiz
491 unterstehen, sondern nach israelischem Zivilrecht behandelt werden. Aber auch die
492 Existenz der Todesstrafe selbst verurteilen wir in allen Ländern weltweit aufs
493 Schärfste.

494 Auch im Westjordanland hat sich die Lage weiter zugespitzt. Seit 2023 ist ein
495 deutlicher Anstieg der Gewalt radikaler israelischer Siedlergruppen zu verzeichnen.
496 Immer wieder kommt es zu Angriffen auf palästinensische Dörfer, Wohnhäuser,
497 landwirtschaftliche Flächen und Zivilist*innen. In den letzten drei Jahren sind mehr
498 als 1.200 Palästinenser*innen von israelischen Streitkräften oder Siedler*innen
499 getötet worden. 11 Insbesondere ist die Gewaltausübung der IDF als äußerst
500 unverhältnismäßig und brutal zu benennen. Parallel dazu wird der Ausbau israelischer
501 Siedlungen in den besetzten Gebieten, unterstützt durch die israelische Regierung,
502 weiter vorangetrieben.

503 Die fortschreitende Siedlungsausweitung führt zu einer zunehmenden Fragmentierung des
504 Gebiets, schränkt Bewegungsfreiheit für Palästinenser*innen massiv ein und verschärft
505 soziale sowie wirtschaftliche Ungleichheiten. In Verbindung mit der Eskalation im
506 Gazastreifen entsteht so eine Gesamtlage, in der sich militärische Gewalt,
507 Besatzungspolitik und Siedler*innengewalt gegenseitig verstärken und die Perspektive
508 auf eine nachhaltige politische Lösung weiter schwinden lassen.

509 Im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem verstößt Israel mit dem
510 Bau von Sperranlagen und Siedlungen sowie der damit verbundenen Vertreibung
511 palästinensischer Bewohner*innen und Bäuer*innen und der militärischen Gewalt gegen
512 Zivilist*innen seit Jahrzehnten gegen das Völkerrecht. Die koloniale Praxis des

513 Siedlungsbaus ist daher vollständig abzulehnen. Wir teilen die Einschätzung
514 zahlreicher Expert*innen, dass diese Form der systematischen Diskriminierung
515 Ähnlichkeiten zum völkerrechtlichen Tatbestand der Apartheid aufweist. Diese
516 Einstufung der Situation als Apartheid ist dabei keine rein politische Rhetorik,
517 sondern das Ergebnis detaillierter Auseinandersetzung mit der Situation. Diese
518 Analyse erkennt in der systematischen Fragmentierung des palästinensischen Gebiets,
519 der Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Duldung von Siedlergewalt ein
520 strukturelles Unterdrückungssystem, das dem Völkerrecht widerspricht. Internationale
521 Organisationen stufen die systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im
522 besetzten Westjordanland und Ostjerusalem als Apartheid ein.

523 Die Frage, ob das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen als Genozid
524 einzuordnen ist, ist Teil einer internationalen juristischen aber auch politischen
525 Debatte.

526 Wir als GRÜNE JUGEND sind kein juristisches Gremium, können und müssen uns aber an
527 politischen Debatten beteiligen.

528 Das Vorgehen der israelischen Armee, auf Geheiß der rechtsextremen Regierung Israels,
529 im Gazastreifen zeigt zentrale Kriterien des Völkermords gemäß der UN-Konvention auf:
530 so beobachten wir unter anderem die systematische Tötung, massive Vertreibungen, die
531 gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur, die bewusste Erzeugung von Hunger und
532 Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer Hilfe. Das ist eine klare Überschreitung
533 des Selbstverteidigungsrechts. Wir verurteilen das Vorgehen im Gazastreifen auf das
534 Schärfste. Die Handlungen verletzen die universellen Menschenrechte und zerstören das
535 Vertrauen in jene Rechtsinstitutionen, die den Schutz der Menschenrechte und damit
536 der Zivilbevölkerung erst gewährleisten sollen.

537 Während das juristische Urteil des IGH abzuwarten ist, so schließt sich die GRÜNE
538 JUGEND als politische Organisation der Auffassung von Expert*innen an, dass der
539 israelische Staat im Gazastreifen einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung
540 verübt. 12,13

541 Insgesamt verurteilen wir die Politik der rechtsextremen israelischen Regierung aufs
542 Schärfste. Durch systematische Entrechtung, massive militärische Gewalt und die
543 bewusste Blockade politischer Lösungen hat sie die Eskalation maßgeblich
544 vorangetrieben und Perspektiven auf Frieden und Gerechtigkeit weiter zerstört.

545 Unsere Kritik richtet sich ausdrücklich gegen die Regierung und ihre Politik, nicht
546 pauschal gegen die israelische Bevölkerung oder gegen den Staat Israel. Man kann
547 beobachten, dass die Zivilgesellschaft in Israel gespalten ist: viele protestieren
548 selbst seit Jahren entschlossen gegen diese Politik. Wir kritisieren den Teil der
549 Zivilbevölkerung, der durch Wahlen die in Teilen rechtsextreme und menschenfeindliche
550 Politik demokratisch legitimiert.

551 Als GRÜNE JUGEND verstehen wir uns als Teil einer Friedensbewegung, die aus der
552 historischen Erfahrung gelernt hat, dass militärische Logiken, Besatzung, Terror und
553 Gewalt keine nachhaltige Sicherheit schaffen können. Frieden entsteht nicht durch die
554 Durchsetzung von Stärke im Sinne militärischer Überlegenheit, sondern durch die
555 konsequente Bindung politischer Macht an Völkerrecht, Menschenrechte und

556 demokratisch legitimierte internationale Institutionen sowie durch kollektive und
557 solidarische globale Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse – die ersteres wiederum
558 auch erst ermöglichen. Gerade diese institutionelle Durchsetzungskraft ist
559 Voraussetzung dafür, dass internationales Recht nicht bloß Anspruch bleibt, sondern
560 Wirkung entfalten kann.

561 Im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts bedeutet das, sich klar gegen jede Form von
562 Terror, Krieg und Vertreibung zu stellen und gleichzeitig den Schutz der
563 Zivilbevölkerung auf allen Seiten ins Zentrum zu stellen. Eine internationalistische
564 Friedenspolitik muss heute mehr sein als Appellpolitik.

565 Sie bedeutet konkret: die Stärkung internationaler Institutionen wie der Vereinten
566 Nationen und des Internationalen Strafgerichtshofs, die Unterstützung ziviler
567 Konfliktbearbeitung und humanitärer Hilfe sowie politischen Druck auf alle Akteure,
568 die gegen das Völkerrecht arbeiten, zum Beispiel durch Sanktionen gegen diese
569 Akteure. Konkret bedeutet dies auch die Teilaussetzung des EU-Israel-
570 Assoziierungsabkommen. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische
571 Prinzipien ist nach Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommens ein essenzieller
572 Bestandteil der engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen
573 Union. Wir halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Die
574 Bundesregierung sollte gemeinsames europäisches Vorgehen nicht länger blockieren und
575 den Weg frei machen für eine Teilaussetzung des Abkommens, solange Israel seine
576 völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt. Davon unberührt bleiben
577 müssen die Bereiche, die Brücken zur israelischen Zivilgesellschaft sind.

578 Zudem muss die Zusammenarbeit mit Lobbyorganisationen, die ausdrücklich die
579 Interessen der israelischen Regierung vertreten oder von ihr finanziert werden,
580 ausgesetzt werden.

581 Außerdem müssen wir solidarisch mit Friedens- und Menschenrechtsinitiativen in der
582 Region stehen, in Israel, in Palästina und in der gesamten Region Westasiens, die
583 trotz Krieg, Repression und Polarisierung weiterhin für Dialog, Gleichberechtigung
584 und ein Ende der Gewalt eintreten.

585 Ein gerechter Frieden in Westasien kann weder durch militärische Eskalation noch
586 durch Besatzung, Terror und kollektive Bestrafung erreicht werden, sondern nur auf
587 Grundlage von Menschenrechten, Völkerrecht und gleicher Sicherheit für alle Menschen.
588 Daraus leiten wir als GRÜNE JUGEND konkrete politische Forderungen ab, die auf eine
589 langfristige friedliche Perspektive für Israelis und Palästinenser*innen
590 gleichermaßen zielen und eine langfristige Lösung, wie die Zweistaatenlösung, die die
591 Selbstbestimmung von Palästinenser*innen und Israelis anstrebt. Deshalb fordern wir:

- 592 • Dass Waffenlieferungen ausgesetzt werden, solange die israelische Regierung
- 593 Völkerrechtsverletzungen begeht. Nicht davon betroffen sind nicht-militärische
- 594 Schutzgüter.
- 595 • Die entgeltliche Entwaffnung der Hamas und der Hisbollah sowie die Aufgabe der
- 596 politischen Rollen in Gaza und im Libanon
- 597 • Die Anerkennung eines freien und unabhängigen palästinensischen Staates durch
- 598 die deutsche Bundesregierung.

- 599 • Eine konsequente Ausrichtung deutscher und europäischer Außenpolitik, die sich
600 insbesondere für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand sowie den
601 ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in allen
602 betroffenen Gebieten einsetzt.
- 603 • Die endgültige Entwaffnung der Hamas und der Hisbollah sowie die Aufgabe der
604 politischen Rollen in Gaza und im Libanon.
- 605 • Einen gerechten Friedensprozess, der das Recht auf palästinensische
606 Selbstbestimmung vollumfänglich und unter gleichberechtigter
607 Beteiligung aller umsetzt. Außerdem die vollständige Umsetzung des
608 Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser*innen durch rechtstaatliche
609 Institutionen, die weder durch Besatzung noch durch Terror beeinträchtigt werden
610 und die Ablehnung jeglicher Pläne, die ohne deren gleichberechtigte Einbindung
611 über ihre Zukunft entscheiden.
- 612 • Die sofortige Abschaffung der Todesstrafe als Mittel der israelischen
613 Strafverfolgung, die Freilassung aller willkürlich inhaftierten
614 palästinensischen Gefangenen und eine unabhängige Untersuchung der Berichte über
615 Folter und Misshandlungen in israelischen Haftanstalten.
- 616 • Die Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
617 einschließlich der Haftbefehle und Sanktionen u.a. gegen den israelischen
618 Premierminister Benjamin Netanjahu, ehemaligen Verteidigungsminister Joaw
619 Galant, Finanzminister Bezalel Smotritsch und Hamas-Führungspersonen, wie z.B.
620 Al-Masri.
- 621 • Sanktionen der Bundesregierung gegen hohe Funktionär*innen der israelischen
622 Regierung, insbesondere gegen den Polizeiminister Itamar Ben-Gvir, ein EU-
623 Importverbot von Waren aus illegalen Siedlungen, sowie Sanktionen gegen radikale
624 Siedler*innen, denen schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden
625 können, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, der Ausschluss von finanziellen
626 Transaktionen und die Unterbindung geschäftlicher Aktivitäten mit europäischen
627 Unternehmen und personenbezogene Einreiseverbote.
- 628 • Ein Ende des iranischen Atomprogramms, sowie ein Ende der Finanzierung
629 islamistischer Terrororganisationen durch die islamische Republik.
- 630 • Den Schutz der Versammlungs- und Meinungsfreiheit und die Beendigung der
631 pauschalen Kriminalisierung palästinensischer Proteste in Deutschland.
- 632 • Den ungehinderten, bedarfsgerechten und transparenten Zugang zu humanitärer Hilfe
633 für die Zivilbevölkerung in Gaza.
- 634 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der völkerrechtswidrigen israelischen
635 Besatzung des Westjordanlands, Ostjerusalems und Gaza. Darunter zählt der
636 vollständige Rückbau aller völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland und
637 Ostjerusalem. Außerdem fordern wir den sofortigen Rückzug aus den
638 völkerrechtswidrig besetzten Golanhöhen und UNDOF-Zone in Syrien und den
639 Distrikten Tyros, Mardsch Uyun und Bint Jbeil im Libanon.
- 640 • Eine kritische Aufarbeitung antisemitischer Narrative in der gesamten

- 641 Gesellschaft, aber auch innerhalb der internationalen Linken und Ausbau von
642 Projekten in Deutschland zur Bekämpfung von Antisemitismus.
- 643 • Die Bekämpfung von Islamfeindlichkeit in europäischen Gesellschaften.
- 644 • Die Einführung eines Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Menschen
645 aus Israel und Palästina, insbesondere aus dem Gazastreifen, in Deutschland,
646 gerade für Kinder, Verletzte und Traumatisierte.
- 647 • Unterstützung und Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen für Geflüchtete aus
648 Kriegsgebieten, die therapeutische Dienste leisten oder weiterleiten können.
- 649 • Die Stärkung der politischen Opposition in der Region Westasien und auch die der
650 zivilgesellschaftlichen Friedensakteur*innen dort aber auch, aber auch in
651 Deutschland, die trotz Gewalt, Repression und Polarisierung weiterhin für
652 Dialog, Gleichberechtigung und ein Ende der Gewalt arbeiten, sowie deren
653 internationale Unterstützung und ihren Schutz.
- 654 • Ziel und Anspruch unserer internationalistischen Politik ist eine internationale
655
656 Ordnung, in der Sicherheit nicht über Profitinteressen organisiert wird, sondern über
657
658 Diplomatie, zivile Konfliktlösung und gemeinsame Sicherheit für alle durch starke,
659
660 gemeinsame Institutionen.
- 661 • Quellen:
- 662 • 1: [https://www.mpg.de/25776334/gaza-studie-zeigt-beispiellose-verluste-an-](https://www.mpg.de/25776334/gaza-studie-zeigt-beispiellose-verluste-an-menschenleben-und-lebenserwartung)
663
664 menschenleben-und-lebenserwartung
665
- 666 • 2: [https://www.zeit.de/news/2025-04/17/un-halbe-million-menschen-im-gazastreifen-](https://www.zeit.de/news/2025-04/17/un-halbe-million-menschen-im-gazastreifen-vertrieben)
667
668 vertrieben
- 669 • 3: [https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2026/01/nakba-israelisch-arabischer-krieg-](https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2026/01/nakba-israelisch-arabischer-krieg-palaestina-katastrophe/seite-4)
670
671 palaestina-katastrophe/seite-4
- 672 • 4: [https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321671/flucht-und-](https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321671/flucht-und-vertreibung-von-juden-aus-den-arabischen-laendern/)
673
674 vertreibung-von-juden-aus-den-arabischen-laendern/
675
- 676 • 5: <https://www.un.org/unispal/about-the-nakba/>
677
- 678 • 6: [https://www.spiegel.de/ausland/judenhass-antisemitismus-laut-bericht-weltweit-auf-](https://www.spiegel.de/ausland/judenhass-antisemitismus-laut-bericht-weltweit-auf-hoechststand-a-0f7190c8-f95c-4cf1-9adf-8f3dd8787a6a)
679
680 hoechststand-a-0f7190c8-f95c-4cf1-9adf-8f3dd8787a6a
- 681 • 7: [https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-06/antimuslimischer-rassismus-vorfaelle-](https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-06/antimuslimischer-rassismus-vorfaelle-anstieg-bericht-claim)
682
683 anstieg-bericht-claim
- 684 • 8: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/laender/177/israel>

- 685 • 9: <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/katastrophale-zustaende/>
- 686 • 10: <https://www.spiegel.de/ausland/israel-bericht-ueber-misshandlung-von-palaestinensischen-journalisten-in-haft-a-964e910a-c59a-4668-baf1-efd2ce74f776>
- 11: <https://www.zeit.de/news/2026-06/09/un-toedliche-siedler-gewalt-im-westjordanland-nimmt-zu>
- 12: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/un-kommission-wirft-israel-voelkermord-im-gazastreifen-vor-gxe>
- 13: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session60/advance-version/a-hrc-60-crp-3.pdf>
- 14:
- <https://www.ito.de/recht/nachrichten/n/vg24k49324-vg-berlin-palaestina-kongress-betaetigungsverbot-demonstrationen>
- 15:
- <https://time.com/7357635/more-than-30000-killed-in-iran-say-senior-officials/>

687 **Unser Antrag in einfacher Sprache:**

688 Kein Frieden durch Krieg – Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!

689

690 Wir sind die GRÜNE JUGEND.

691 Wir wollen Frieden.

692 Wir glauben: Krieg bringt keinen Frieden.

693 Wir wollen, dass alle Menschen in Israel und Palästina in Frieden leben können.

694

695 Wir sagen:

696 Wichtige Themen in der Politik sind Menschenrechte und Zusammenhalt zwischen Ländern.

697 Auch das Völkerrecht ist sehr wichtig.

698 Das Völkerrecht sind die wichtigsten Regeln für alle Länder auf der Welt.

699

700 Viele Menschen auf der ganzen Welt erleben gerade große Krisen.

701 Es gibt immer mehr Kriege und Streit.

702 Viele Länder rüsten auf und bauen ihr Militär aus.

703 Das finden wir nicht gut. Wir wollen lieber, dass alle Menschen sicher und frei leben
704 können.

705

706 Was bedeutet das für Israel und Palästina?

707 Wir sagen:

708 Jüdinnen*Juden und Israelis haben das Recht auf Sicherheit.

709 Auch Palästinenser*innen und Araber*innen haben das Recht auf Sicherheit.

710 Alle Menschen haben das Recht auf Schutz vor Krieg, Gewalt und Vertreibung.

711 Alle Menschen sollen selbst über ihr Leben bestimmen können.

712

713 Politik muss erkennen:

714 Viele Probleme kommen aus alten Ungerechtigkeiten.

715 Man darf nicht vergessen, was früher passiert ist.

716 Und man darf nicht dieselben Fehler wiederholen.

717

718 Internationale Politik ist oft kompliziert.

719 Manche Länder haben mehr Macht als andere.

720 Große Unternehmen und Regierungen arbeiten oft zusammen.

721 Sie suchen nach Macht, Rohstoffen und Geld.

722 Manche Kriege sind deshalb kein Zufall, sondern entstehen aus Streit um Macht und
723 Geld.

724

725 Diese Art Politik bringt Leid, Armut und Tod.

726 Wir sagen: Profite und Geld dürfen nicht wichtiger sein als Menschenleben.

727 Solange mit Kriegen Geld verdient wird, wird es immer wieder Kriege geben.

728

729 **Unsere Forderung:**

730 Starke internationale Regeln und Organisationen!

731 Menschenrechte überall und für alle!

732

733 Wir lehnen Wörter ab, die nur aus der Sicht von Europa kommen.

734 Zum Beispiel sagt man oft „Nahe Osten“.

735 Das Wort ist nicht neutral.

736 Wir sagen lieber Westasien oder nennen die Orte genau: Westjordanland, Israel, Gaza,
737 Palästina, Iran, Jemen, Libanon.

738

739 Der Krieg im Gazastreifen ist schrecklich.
740 Es gab sehr viel Gewalt.
741 Viele Menschen wurden verletzt oder getötet.
742 Viele Menschen haben ihr Zuhause verloren.
743
744 Wir sehen Antisemitismus und Rassismus.
745 Antisemitismus ist Hass auf jüdische Menschen.
746 Auch Muslim*innen und Palästinenser*innen erleben viel Rassismus.
747 Beides ist falsch. Jeder Mensch muss sicher leben können.
748
749 Wir möchten, dass niemand schlechter behandelt wird,
750 egal ob aus Israel oder Palästina.
751
752 Wir wollen, dass alle ihre Meinung sagen dürfen.
753 Auch Demonstrationen sind ein Recht für alle.
754
755 Deutschland hat eine besondere Verantwortung.
756 In der Zeit des Nationalsozialismus wurden sehr viele Jüdinnen*Juden verfolgt und
757 ermordet. Deshalb muss Deutschland jüdisches Leben besonders schützen.
758
759 Wir sagen:
760 Israel soll weiter als Staat existieren.
761 Palästina soll auch ein eigener Staat werden.
762 Frieden gelingt nur mit gleichen Rechten für alle.
763
764 Der 7. Oktober 2023 war ein sehr schlimmer Tag.
765 Die Hamas, eine Terrorgruppe, hat viele Menschen in Israel getötet und entführt.
766 Es gab Folter, Vergewaltigung und viel Leid.
767 Das hat viele Menschen sehr traurig und wütend gemacht.
768 Seitdem ist Krieg.
769
770 Durch die Angriffe und Gegenangriffe gibt es viele Tote auf beiden Seiten.
771 Im Gazastreifen haben sehr viele unschuldige Menschen alles verloren.
772 Viele sind krank, hungrig oder auf der Flucht.
773 Krankenhäuser und Schulen sind zerstört.
774 Helfer*innen und Journalist*innen sind in Gefahr.
775

776 Die Gewalt muss aufhören.

777 Staaten und Organisationen müssen sich an Regeln halten.

778 Alle müssen die Menschenrechte achten.

779

780 Wir fordern:

781 - Sofort einen Waffenstillstand

782 - Humanitäre Hilfe für alle Menschen in Gaza

783 - Die deutsche Regierung muss beide Staaten, Israel und Palästina, anerkennen

784 - Keine Waffen mehr liefern, wenn das Völkerrecht gebrochen wird

785 - Keine Todesstrafe

786 - Schutz für alle Demonstrierenden

787 - Alle dürfen friedlich protestieren

788 - Hilfe für alle Menschen, die vor Krieg fliehen, zum Beispiel Aufnahme in

789 Deutschland

790 - Sanktionen gegen Politiker, die absichtlich Menschenrechte verletzen

791

792 Wir wollen Teil der Friedensbewegung sein.

793 Wir wollen, dass sich niemand mehr über andere Menschen stellt.

794 Alle sind gleich viel wert.

795

796 Unser Ziel ist:

797 Frieden, gerecht für alle Menschen,

798 mit Freiheit, Hilfe und Respekt vor den Menschenrechten.

799

800 Frieden kann nur ohne Gewalt und Hass entstehen.

801

802 Dieser Text wurde mithilfe der KI der Website <https://einfachesprache.xyz> übersetzt.

803